

HUch!

GENDER

Und was nicht passt, wird passend gemacht: Geschlecht muss auch körperlich ausdefiniert sein und funktionieren. Für die Sollerfüllung sorgt sonst der Arzt. Medizin macht »Frau« – ob sie will oder nicht – auf Seite 6

RITUALE

Angst und Islam. Eine komplexe religiöse Kultur wird nur noch als eine bedrohliche Wolke wahrgenommen. Eine Ausstellung zur Islamophobie durchleuchtet die Ideologie auf Seite 7

POLITIK

Sag mir was du liest und ich sag dir wie du denkst: Medien geben die Ideologie ihrer KonsumentInnen wider. Die Analyse der Berichterstattung zum Potsdamer Überfall auf Ermyas M. fördert einiges zu Tage – auf Seite 9

Moment mal!

Hier und da regt sich was. Aber was? Abwehrkämpfe, Proteste, Streiks oder Reglosigkeit. Die Rechtfertigungen für die andauernden sozialen Demontagen ziehen nicht mehr. Die Kürzungsmaßnahmen erreichen die Limits des Zumutbaren. Heb den Kopf und schau dich um auf den Themenseiten 2-5



editorial

Es bewegt sich was in Europa. Millionen von Menschen gingen in Frankreich auf die Straße, Generalstreiks in Griechenland, selbst hier gab es Streiks und gegenwärtig gibt es auch bei den Studis wieder eine Protestwelle. Alles in Bewegung? Bei uns in der Redaktion schon. Drei Viertel von uns ziehen gerade um. Und wie es für Bewegungen in Deutschland symptomatisch ist, tun wir das nicht mal zusammen, sondern jedeR für sich, privat. Ganz anders jenseits der Rheins. Neidisch haben wir beobachtet, wie Millionen von Menschen erfolgreich gegen ein Gesetz kämpften, dessen deutsches Äquivalent kaum ein Wimpernzucken hervorrufft. Wie kommt das? In Deutschland scheint so etwas zur Zeit undenkbar. Stellen wir uns vor: Zehntausende SchülerInnen demonstrieren gegen die Lockerung des Kündigungsschutzes. Schon das mutet absurd an. Aber, dass die SchülerInnen dann noch merken, dass eine angemeldete, also institutionalisierte, Demo den Grossteil der Bevölkerung - ganz zu schweigen die Regierung - eher peripher tangiert und sie deshalb eine Bahnstrecke stürmen und einen ICE anhalten??

Aber was sollte das denn auch? Kann den SchülerInnen doch egal sein, wenn irgend jemand keinen Kündigungsschutz mehr hat. Außerdem würden sie mit solch militantem Protest doch wieder nur den armen kleinen Leuten im ICE schaden, die alle dringende Termine haben. Und wir Normalsterblichen sind ja eh nicht in der Lage komplexe politische Zusammenhänge zu verstehen oder einzusehen, dass halt kein Geld da ist... Bevor wir uns weiter mit unserem Schulwissen im Kreis drehen, dachten wir uns jedenfalls, lohnt ein Blick in die Welt, in Länder, in denen auch größere Menschenmengen die vorherrschende Ideologie durchbrechen und sich nicht alles einreden und schon gar nicht gefallen lassen. Immerhin scheint ein Fünkchen überzuspringen. Von Frankreich nach Frankfurt sozusagen. Studierende blockieren Autobahn. Vielleicht...

Überrascht und erwartungsfroh:
Die Redaktion

Hier Studierende, da Gewerkschaft

Mieser Job während des Studiums, unsichere Arbeit danach: Studierende sind von der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes betroffen – und lassen sich fast alles gefallen.

Von gewerkschaftlicher Organisation keine Spur.

Warum? fragt Karsten Schuldt

Der Normalarbeitstag, dieser gerne als nine-to-five-Job bezeichnete Zustand von Arbeitsverhältnissen mit bezahltem Urlaub, geregelter Arbeitszeit, klaren Rechten und Pflichten für Arbeitende und die Menschen in den Chefetagen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Elternzeit und Kündigungsschutz, ist kein Allgemeingut mehr. Allerdings basierte auf diesem Konzept jahrzehntelang die bundesdeutsche Wirtschafts-, aber auch Gewerkschaftspolitik. Normalarbeitstag bedeutete: von neun bis fünf kann gearbeitet werden – inklusive vorgeschriebener Pausen –, alles andere kostet Zuschläge. Dass Institutionen wie Museen, Bibliotheken oder Ämter, genauso wie Kindertagesstätten und Schulen nur zu bestimmten Zeiten geöffnet haben, hing und hängt auch heute noch mit diesen genormten Zeitrahmen zusammen. Das bot Vorteile für die Arbeitenden, auch wenn es immer berechtigte Kritik an dieser einengenenden Arbeitsform gab. Die Firmen profitierten von einer relativ hohen Zufriedenheit der Belegschaft und von wenig Arbeitskämpfen in Form von Streiks und Ausständen.

Doch heute existieren Normalarbeitstag und Normalarbeitsverhältnis in weiten Bereichen nicht mehr. In diesem Zusammenhang fallen oft die Schlagworte Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. Beide meinen praktisch dasselbe, nur dass der erste Begriff

sonst bewertet wird – in der alten Bundesrepublik einen relativ hohen Rechtsschutz begründet hatte, vor den härtesten Zumutungen schützen konnte und auch dafür sorgte, dass Beruf und Alltag relativ getrennt voneinander blieben. Wie gesagt: eine Anzahl von Menschen kommt mit dieser Form zu arbeiten gut zu Recht. Aber ob eine relativ kleine Gruppe von Selbstständigen im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich sich ständig selbst verkaufen und motivieren, ohne zu wissen, ob sie in der nächsten Zeit einen Job bekommen oder aber ob tausende von Call Center Agents dies tun müssen, ist ein relevanter Unterschied. Dabei trifft die Flexibilisierung bestimmte Bereiche bevorzugt, während andere kaum betroffen sind. Während Managementetagen, akademische und ungelernete Berufe davon fast vollständig betroffen sind, lassen sich in den traditionellen Industriejobs sogar Tendenzen beobachten, die Normalarbeitstage wieder strenger zu handhaben.

Gerade in den flexibilisierten Jobs allerdings, welche von Studierenden entweder während ihres Studiums oder danach übernommen werden, sind die Arbeitenden so gut wie gar nicht gewerkschaftlich organisiert. Das hat mehrere

Gründe. Dazu gehören zum einen Fehler der Gewerkschaften. Diese haben keine Konzepte, um auf die neuen Anforderungen zu antworten. Ende des letzten Jahres berichtete zum Beispiel ein Gewerkschafter auf einer ver.di-Veranstaltung über die Verhältnisse in deutschen Call Centers, welche als Prototyp prekärer Arbeitsverhältnisse angesehen werden. Er referiert über die ständige Überwachung der Angestellten, die Abwälzung des ökonomischen Risikos auf die Arbeitenden (die einfach entlassen werden,

wenn Aufträge nicht übernommen werden können), sowie über die fehlenden Sozialleistungen. Auf die Frage nach praktikablen Strategien fiel ihm dann nur ein, dass die in Call Centern Arbeitenden der Gewerkschaft beitreten und Betriebsräte gründen sollten. Diese Vorschläge erscheinen nicht besonders

Gerade für Studierende wäre eine Interessenvertretung im Arbeitsalltag notwendig

zeitgemäß. Dass viele Angestellte vielleicht gar nicht lange in einer Firma arbeiten wollen, dass sie auch Vorteile darin sehen, relativ flexibel ihre Arbeitszeit einteilen zu können oder Aufgrund ihres Studiums darauf angewiesen sind und sie dennoch eine arbeitsrechtliche und politische Unterstützung benötigen, ist bei den Gewerkschaften bisher bestenfalls als Problem wahrgenommen worden.

Andererseits sind es auch Studierende selbst, die sich weder über ihre Rechte informieren noch daran interessiert zeigen, ihre oftmals miserabile Situation zu verbessern. Teilweise scheint es so, als sei ihnen der symbolische Gewinn, für 5,50 Euro die Stunde Samstag und Sonntag früh in einer Szenekneipe zu arbeiten, wichtiger als die eigene soziale und vor allem langfristige Absicherung. Das Problem dabei ist: Dadurch, dass sie sich vieles gefallen lassen, tragen sie mit dazu bei, dass ihnen immer mehr



Foto: Johannes Kepler Universität Linz

zugemutet wird. Und wenn nicht in diesem Job, dann im nächsten, den sie annehmen müssen, weil sie das Geld brauchen.

Ein herausstechendes Beispiel für diese Situation sind die zahllosen von Studierenden, Absolventen und Absolventinnen besetzten Praktikumsplätze. Eigentlich als eine Art Zusatzausbildung gedacht, bei der die jungen Menschen den jeweiligen Betrieb und dessen Anforderungen kennen lernen können sollen, und die Betriebe die jungen Menschen, die sie einstellen wollen, sind heute Praktikantinnen und Praktikanten zu fast oder vollständig kostenlos Arbeitenden geworden, welche faktisch normale Arbeitsplätze ersetzen. Nicht bei jedem Praktikum ist das so, aber doch bei einer erheblichen Zahl. So gibt es Firmen in denen mehr Personen ein Praktikum machen, als dort fest angestellt arbeiten. Heute existiert eine Generation von gut Ausgebildeten, welche zahllose Praktika machen, sich irgendwie anders finanzieren und erst signifikant später als ihre Eltern einen richtigen Job bekommen. Bis dahin hängen sie praktisch in der Luft und verhindern letztlich durch ihre Bereitschaft ständig in dieser Weise für ein Zeugnis und ein Taschengeld zu arbeiten, dass solche Praktikumsstellen in richtige Jobs umgewandelt werden müssen. Gleichzeitig tun sie dies in der paradoxen Hoffnung, sich für spätere Jobs, die möglichst nicht geschaffen werden, gut zu qualifizieren.

Als am 1. April, ausgehend von der französischen Gruppe Génération Précaire, in einem europaweiten Aktionstag gegen diese Form der Ausbeutung protestiert werden sollte, kamen in Berlin vielleicht 50 Menschen zusammen. Was war passiert? Die DGB-Jugend und ein gewerkschaftsnaher Verein hatten mobilisiert, als ginge es um eine MetallarbeiterInnenversammlung. Gewerkschaftsintern wurden einige Mails verschickt und – fast zu spät – Presseerklärungen herausgegeben. Zudem es gab ein paar kopierte Plakate im A4-Format, einzeln an ausgewählten Orten in Berlin aufgehängt. Das mag in gut organisierten Branchen ausreichen. Aber die Praktikanten und Praktikantinnen wurden so nicht erreicht, egal wie richtig die Argumente der organisierenden Gruppen waren.

Das ist symptomatisch. Studierende und Gewerkschaften leben zurzeit aneinander vorbei, obwohl gerade für erste eine Interessenvertretung im Arbeitsalltag notwendig wäre. Und sei es nur, um die individuelle Lage in und zwischen den prekären Jobs als eine Massenerscheinung zu erkennen. Es bleibt zu klären, ob die etablierten Gewerkschaften überhaupt das Fundament für Kämpfe in der flexibilisierten Arbeitswelt sein können.

www.generation-p.org
www.fairwork-verein.de
www.students-at-work.de



Foto: Jelis Kleemann

diese Veränderungen positiv, der zweite negativ beschreibt. Prekäre Arbeitsverhältnisse haben sich nach und nach auf alle möglichen Zeiten ausgedehnt. Gearbeitet wird abends, nachts, sonntags, an Feiertagen. Das gab es früher auch schon, allerdings als entlohnte Ausnahme (beziehungsweise nur in bestimmten Arbeitsbereichen), während es heute teilweise als normal gilt und deshalb mit dem Normaltarif ohne Zuschläge bezahlt wird. Zudem sind diese Arbeitsplätze entweder gänzlich unsicher oder nur im begrenzten Rahmen kurzfristiger Arbeitsprojekte fest. Einige begrüßen diese Form der Arbeit als spontan und abwechslungsreich, was sie unter bestimmten Umständen gewiss auch sein kann. Sie verzichten damit auf geregelten Urlaub, auf Lohnfortzahlungen und andere festgeschriebene Leistungen, die vielleicht nach LBS-Eigenheimzulage klingen, aber das Leben auch planbarer, ruhiger und vor allem abgesicherter machen. Und das nicht nur für Menschen, die sich für Kinder entscheiden. Es sind besonders Frauen, darunter vor allem Alleinerziehende, die sich zu prekären Arbeiten gezwungen sehen.

Fakt ist, dass für flexible beziehungsweise prekäre Beschäftigung die gewerkschaftliche Absicherung nicht greift, die – wie immer sie

Impressum

■ **Anschrift**
HUCH! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung
Unter den Linden 6
10999 Berlin
■ **Herausgeber**
ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. AstA)
V.i.S.d.P. Sascha Frank (huch@refrat.hu-berlin.de)
■ **Redaktion**
Anne, Luka, Nelo, Sascha, Tobi

Layout Anne Ware, Tobi Becker: medien@refrat.hu-berlin.de
Webmaster Hendrik Süß: webmaster.huch@refrat.hu-berlin.de
Lektorat Jana, Jasmin
Titelfoto Oscar Garcia
Belichtung Medienraum des ReferentInnenrats
Druck Union Druck
Auflage 3.000

Alle Artikel stehen unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung der Texte sind unter folgenden Bedingungen erlaubt und erwünscht:
- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der gesamten Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Falls nicht selbstverständlich: Kein Artikel erhebt den Anspruch für die gesamte VS zu sprechen. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

Redaktionsschluss für die Nr. 49 ist Ende Juni 2006

Die Wiege der Demokratie - Zweiter Versuch

Der Generalstreik am 15. März dieses Jahres stellte den Höhe- aber nicht den Endpunkt in einer Reihe von sozialen Auseinandersetzungen in Griechenland in der letzten Zeit dar. Diese spielen sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden Neoliberalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft ab. Die konservative Regierung versucht im Interesse des griechischen und internationalen Kapitals, teilweise auch in Anpassung an EU-Normen, soziale und politische Rechte abzuschaffen und den rechtlichen Rahmen für Widerstandshandlungen einzuschränken. *Von Kirsten Achtelik*

Die Löhne in Griechenland sind neben jenen in Portugal die niedrigsten innerhalb der EU. Der Durchschnittslohn eines/r griechischen Staatsangestellten beträgt rund 800 Euro im Monat, jener eines/r Arbeiters/in rund 600 Euro. Jeder vierte Haushalt lebt an der Armutsgrenze, jeder zweite ist überschuldet. Durch den geplanten umfassenden Angriff auf Löhne, Pensionen, öffentliche Investitionen sowie Privatisierungen und die Beschneidung sozialer und politischer Rechte soll sich diese Lage noch verschlechtern. Die Regierung begründet diese Maßnahmen mit der Notwendigkeit, das Haushaltsdefizit Griechenlands entsprechend den EU-Auflagen von 4,3 Prozent im Jahr 2005 auf 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr zu reduzieren.

Dabei stößt sie auf massive Widerstände, sowohl von den Gewerkschaften als auch von den Organisationen der MigrantInnen und Studierenden. Meldungen, dass die Nationalbank in diesem Jahr ihren Reingewinn im Vergleich zum Vorjahr um 140 Prozent gesteigert hat, geben der Unzufriedenheit zusätzliche Nahrung.

Generalstreik

An dem Generalstreik Mitte März 2006, dessen Hauptforderungen »Lohnerhöhungen statt Entlassungen« und »Hände weg von den Tarifverträgen« waren, beteiligten sich landesweit bis zu 2,5 Millionen Menschen. Im öffentlichen Sektor verweigerten 90 Prozent der Angestellten die Arbeit. Der aktuelle Anlass für die Streiks sind »Arbeitsmarktreformen« der konservativen Regierung, der Abbau von Arbeitsplätzen sowie die geplante Privatisierung staatlicher Unternehmen. Die GewerkschafterInnen protestieren vor allem gegen den Vorsatz der Regierung, das Rentenalter heraufzusetzen und gleichzeitig weniger Rente zu zahlen. In Athen und Thessaloniki gab es Massendemonstrationen. Dabei kam es auch zu Zusammenstößen mit der Polizei, als diese versuchte, die Demonstrationen einzukesseln. Eine motorisierte Kundgebung der in keinem Dachverband organisierten prekär beschäftigten fahrenden Boten erregte besondere Aufmerksamkeit. Anarchistische Gruppen griffen in der Hauptstadt das Ministerium für Arbeit mit Farbbeuteln und Steinen an und warfen dabei alle Scheiben im Erdgeschoss ein.

Die kommunistisch orientierte Gewerkschaftsfront PAME hatte sich zwar dem Aufruf der beiden Gewerkschaftsdachverbände GSEE (ArbeiterInnen und Angestellte in der freien Wirtschaft) und ADEDY (Gewerkschaft der Angestellten des öffentlichen Dienstes) beteiligt, kritisierte jedoch die Taktik des eintägigen »Knallkörperstreiks«. Diese würde den Widerstand der Arbeitenden erschöpfen, statt den Arbeitskampf zuzuspitzen. Trotz dreier Generalstreiks im vergangenen Jahr gelang es bisher nicht, die umfassenden Angriffe abzuwehren. Zu der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften beigetragen hat vor allem die Politik der Sozialpartnerschaft, die während der fast 20jährigen Regierungsperiode der sozialdemokratischen PASOK zwischen ArbeiterInnenorganisationen, UnternehmerInnenvertreterInnen und der Regierung vorherrschend war. Auch der letzte Generalstreik sollte vor allem ein Signal zum Auftakt der Gespräche zwischen Gewerkschaften und Regierung sein.

Spaltungsversuche

Anders als in Deutschland haben die griechischen ArbeiterInnen eher einen Hang zu militantem und entschlossenem Vorgehen, als zu Latschdemos und symbolischen Aktionen. Grosse Teile sind gegen die EU eingestellt und daher auch nicht bereit, damit begründete Kürzungen ohne weiteres hinzunehmen. Aufgrund des ohnehin niedrigen Lohn- und Lebensstandards stoßen Standortdebatten eher auf taube

Ohren. Der neoliberale Diskurs, der die komplette Liberalisierung der Wirtschaft als Heilmittel verspricht, hat sich in den Köpfen der griechischen ArbeiterInnen und der gesellschaftlichen Debatte (noch) nicht durchgesetzt.

Militanz ist als Mittel der Auseinandersetzung bei Demonstrationen und Streiks weit verbreitet und wird auch von vielen, die sie nicht selber praktizieren, als legitim angesehen. Dazu trägt vor allem die lebendige Erinnerung an die Militärdiktatur von 1967 bis 1974 bei, die

staatlichen Bildungswesens. Anlass ist der Versuch einer großen Koalition aus Nea Dimokratia und PASOK bei einer für den Sommer geplanten Verfassungsänderung das in Artikel 16 festgeschriebene staatliche Bildungsmonopol, das allen einen kostenlosen Zugang zu Bildung garantiert, abzuschaffen.

Ebenfalls im April haben die Angestellten der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft DEI einen 24-stündigen Streik durchgeführt, um damit gegen die von der Regierung ins Auge gefasste



Die Hegemonie bröckelt

auch aufgrund des breiten und entschlossenen Widerstandes beendet wurde.

Ein Versuch, den Bezug auf diese lebendigen Kampftraditionen abzutöten, ist Kriminalisierung von AktivistInnen und bestimmter Kampfformen sowie Gesetzesverschärfungen.

In allen Prozessen gegen vermeintliche Mitglieder der Stadtguerillaorganisationen ELA und 17. November wurden auch bekannte GewerkschafterInnen angeklagt. Giannis Serifis zum Beispiel hat wegen verschiedener Anklagen insgesamt bereits mehrere Jahre in Untersuchungshaft gesessen, ohne jemals verurteilt zu werden. Dieses »Schicksal« teilt er mit mehreren anderen ehemaligen WiderstandskämpferInnen gegen die griechische Militärjunta. Der im derzeit laufenden Revisionsverfahren gegen den 17. November angeklagte Gewerkschafter Kostas Avramidis wurde Mitte April von allen Vorwürfen freigesprochen. Drei GewerkschaftsaktivistInnen sind kürzlich wegen angeblicher Steinwürfe ohne Beweise zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das im Juni 2004 verabschiedete so genannte Antiterrorgesetz, gegen das es auch einen breiten Widerstand gab, lässt auch die Bewertung symbolischer Besetzungen öffentlicher Gebäude oder Ausschreitungen bei Demonstrationen als terroristische Handlungen zu.

Weitere Kämpfe stehen bevor...

Die anhaltende Streikwelle und eine Abhöraffaire, die seit Februar in den griechischen Medien für Schlagzeilen sorgt, beförderte die konservative Regierung Karamanlis, zwei Jahre nach ihrem Amtsantritt, in ein Popularitätstief. Über 65 Prozent der Bevölkerung empfindet laut den Ergebnissen einer Umfrage von Mitte März die Regierungspolitik als ungerecht und hart.

Anfang April demonstrierten in 26 Städten Griechenlands Studierende für den Erhalt des

Liberalisierung des Energiemarktes zu protestieren. In allen möglichen Branchen kommt es zurzeit verstärkt zu Warnstreiks und wegen eines Streiks der MüllarbeiterInnen von Athen, stapelte sich dort im April der Müll zu meterhohen Bergen.

Das Anfang Mai in Athen abgehaltene europäische Sozialforum behandelte viele der Themen, die die griechische Gesellschaft im Moment bewegen. Es gab Foren zu neoliberaler Ideologie, der Rolle der MigrantInnen in der EU, dem Kampf für die Anerkennung sozialer Rechte, sozialer Sicherung, Prekarisierung, Armut und Arbeitslosigkeit, sowie zur Strategie der Bewegungen und zu Sicherheitspolitik und Repression. Die griechischen Gewerkschaften spielten eine große Rolle im Vorbereitungs- und Diskussionsprozess, was für ein Sozialforum ungewöhnlich ist und auch von verschiedenen Stellen kritisiert wurde. Die zentrale Demonstration am Samstag, an der mehrere 10.000 Menschen teilnahmen, trug die Forderungen der Bewegung nach außen. Die zahlreiche Beteiligung aus der Türkei und den ehemaligen Ostblock-Staaten machten auch eine stärkere regionale Vernetzung möglich, als das bei den vorangegangenen 'westlichen' Treffen der Fall war.

Die Kämpfe gegen die so genannten Reformen des Arbeitsmarkts und der Tarifverträge wurden am 10.5. mit einem erneuten 24-stündigen Generalstreik, der das öffentliche Leben in Griechenland über weite Teile lahm legte, fortgeführt.

Weitere Quellen:

<http://www.widerstand-repression-griechenland.de>

<http://www.griechenland.net/rubriken.php>

<http://www.labournet.de/internationales/gr/index.html>

BUCHVORSTELLUNG

Zukunft des Kapitalismus

Kommt es in Betrieben zu Krisen der Profitabilität oder der Kontrolle – etwa durch hohe Lohnkosten oder gewerkschaftliche Kämpfe – sucht das Kapital Ausweichmöglichkeiten, um das Geschäft wieder lukrativer zu machen. Dann wird der Standort verlagert, die Investitionen auf andere Branchen und Produkte verschoben, oder das betriebliche Arbeitsregime wird umorganisiert. Unternehmen reagieren auf ArbeiterInnenunruhen mit neuen *fixes*: Umordnungen ihrer Produktionsweisen. Maßnahmen wie der Aufbeziehungsweise Abbau des Sozialstaats, Repression oder aber Akzeptanz gewerkschaftlicher Organisation verlängern je nach aktueller Situation die »Haltbarkeit« der kapitalistischen Gesellschaft. Auch Kriege können unter anderem diese Funktion erfüllen. Die Kontinuität und die verschiedenen historischen Ausprägungen dieser Wechselbeziehung zwischen Kapital und Arbeit zeichnet Beverly Silver in ihrem Buch *Forces of Labor – Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870* nach.

Der Begriff der *fixes* entspricht in seiner Mehrdeutigkeit dem Charakter dieser Prozesse: *to fix* bedeutet fixieren, daneben aber auch schnell reparieren (*to fix a problem*). Er impliziert nicht zuletzt eine Reaktion, womit deutlich wird, dass das Kapital sich nicht nach einer Eigengesetzlichkeit verhält.

Die global wirkende Konkurrenz führt nicht notwendigerweise zu einem weltweiten Abwärtstrend der Löhne und Lebensstandards. Die Standortverlagerungen – *räumliche fixes* – können zwar solche Entwicklungen hervorbringen. Neue *Produkt-fixes* und *organisatorisch-technische fixes*, die weiterhin zuerst in westlichen Industrieländern entwickelt und etabliert werden, sichern aber andererseits immer wieder auf's Neue eine höhere Gewinnspanne. Diese wird unter anderem dazu verwendet, soziale Konflikte abzufedern und zusammen mit einer protektionistischen Handelspolitik die Hochlohnländer als solche zu erhalten.

An den Niedriglohnstandorten, wohin die Produktion verlagert wird, wenn sich die Herstellungstechnologie und damit die Produkte verbilligt und verallgemeinert haben, sind solche Gesellschaftsverträge dagegen nicht im gleichen Umfang möglich. Repressionen gegen ArbeiterInnenunruhen sind rigoroser. Dies wiederum hatte in der Vergangenheit öfter zur Folge, dass sich ArbeiterInnenbewegungen in Kolonialgebieten mit nationalen Befreiungsbeziehungsweise Demokratiebewegungen verbündeten, um die imperialistischen Mächte und ihre Unternehmen zu bekämpfen.

Silvers Analyse beruht auf der Auswertung einer neuen Datenbank zur Erfassung von ArbeiterInnenwiderstand, die von der World Labor Research Working Group am Fernand Braudel Center (New York) aufgebaut wurde. Diese Studie wird im zweiten Teil des Buches diskutiert.

Auf diese Weise beschreibt Silver die Geschichte der globalen kapitalistischen Entwicklung entlang konkreter Konflikte, und wirft dadurch politische Zusammenhänge auf, die üblicherweise bei der Analyse lokaler oder regionaler Ökonomien nicht mitgedacht werden. Sie folgt der globalen Odyssee des Kapitals im Wind lokaler Unruhen, ohne die Verwobenheit der ökonomischen Kämpfe mit inner- und zwischenstaatlichen Machtkonflikten auszublenden. So kann es ihr gelingen, auch die neuralgischen Punkte für die Weiterentwicklung der Widersprüche aufzuzeigen.

Vorsichtig wird in der Studie untersucht, in welchen aktuell wachsenden Branchen und an welchen Orten Entwicklungsmöglichkeiten stecken könnten.

So widmet sie sich beispielsweise der Beschäftigungssituation im Bildungssektor, der aufgrund zunehmender Abhängigkeit auf ein technisches Wissensniveau der Lohnabhängigen in der hochtechnisierten Welt expandiert. Dabei wird die vorhandene sogenannte Produktionsmacht des Lehrpersonals deutlich: Lehre kann über ein gewisses Maß hinaus nicht rationalisiert oder automatisiert, Bildungsstätten nicht verlagert werden, und der Effekt von LehrerInnenstreiks auf die arbeitenden Eltern von Schulkindern ist erheblich. Silver vermeidet den Fehler, sich in weitergehenden Voraussagen zu verstricken, begründet jedoch ihre Erwartung, dass Arbeitskämpfe in den kommenden Jahren wieder zunehmen werden.

Sascha Frank

Beverly Silver: *Forces of Labor. Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870*. Assoziation A Verlag 2005. 284 Seiten, 18 Euro.

Die Debatte um das Buch ist archiviert bei www.wildcat-www.de

La Différence

Was macht den Unterschied? Anmerkungen zur unterschiedlichen Streik- und Demo»kultur« in Frankreich und Deutschland und deren rechtlichen Grundlagen. Von Bernhard Schmid, Paris

Am ersten Demotag sind es in ganz Frankreich 700.000 Leute. Am zweiten Demo-, Streik- und Aktionstag sind sie über eine Million. Am dritten strömen über zwei Millionen auf die Straße. Der Premierminister hält eine Fernsehansprache vor elf Millionen FernsehzuschauerInnen, um seine »Reform« zu »erklären« und die Gemüter zu beruhigen. Sie habe einen »Dopingeffekt auf die Proteste«, die danach schnell anwachsen, vermeldet ein öffentlich-rechtlicher Rundfunksender kurz darauf. 14 Tage später hält nun der Präsident, der oberste Chef, eine Ansprache vor über zwanzig Millionen FernsehzuschauerInnen. Wieder soll pädagogisch »erklärt« und beruhigt werden. Über 60 % der von Meinungsforschungsinstituten Befragten erklärten sich »nicht überzeugt«. Vier Tage darauf findet ein neuer Demo-, Streik- und Aktionstag statt, an dem wieder Millionen in ganz Frankreich auf die Straße gehen, noch zahlreicher als beim vorigen Mal.

So viel kollektive Renitenz ist man in Deutschland nicht gewohnt, auch wenn man sich dort an Streiks mittlerweile in gewissen Maßen wieder zu gewöhnen scheint, sogar in der Spießerhochburg Stuttgart. Mindestens ein Unterschied sticht ins Auge, denn in der Regel lässt sich feststellen: Streikende MetallarbeiterInnen in Deutschland verteidigen die Interessen der MetallarbeiterInnen, und sonst interessiert es kaum jemanden, der nichts mit der Branche zu tun hätte; Staatsbedienstete verteidigen die Interessen von Staatsbediensteten. Und streikende Studierende bringen die Interessen von Studierenden als zukünftigen Führungskräften – die aus diesem Grunde pfleglich zu behandeln ja auch gut sei für den Wirtschaftsstandort – in Anschlag. Ein bisschen anders läuft es da doch in Frankreich. Streikende Studierende machen sich um 5 Uhr morgens auf zur Vollversammlung der Métro-Beschäftigten oder EisenbahnerInnen in der Fröhschicht. Junge Linksradike demonstrieren mit alte(n) Metallarbeiter(n) demonstrieren mit Krankenschwestern demonstrieren mit kritische(n) Jurastudentinnen demonstrieren mit Arbeitslosen demonstrieren mit sans papiers (MigrantInnen ohne Papiere) demonstrieren mit Attac-Akademikern(n) demonstrieren mit politisch engagierten SchwulInnenverbänden... Die altehrwürdige Liga für Menschenrechte (eine eher linksliberale Vereinigung) verteilt Merkblätter an junge DemonstrantInnen: »Was tun, wenn man in Polizeigewahrsam genommen wird«. Und wenn das Staatsoberhaupt spricht, dann bleibt niemand am klebrigen Schleim präsidentialer Versöhnungsdiskursen haften, sondern man liest an den folgenden Tagen in Demozügen Parolen wie: »Den Kriminellen im (Präsidentenpalast) Elysée und seinen Hanswurst im Premierministeramt in den Knast!« Oder, an den Premierminister gerichtet, als gesungener Reim: »Oh Villepin, wenn Du wüsstest, wo wir uns Deine Reform hinstecken...«

Woher kommen die augenfälligen Unterschiede? So viel sei vorab verraten: Am Blut liegt's nicht, und in den Chromosomen steckt es auch nicht. Der in deutschen Medien so häufig platzierte Hinweis auf die (angeborene?) andere »Kultur« der Franzosen hilft nicht weiter. Ein materialistisch fundierter Blick auf die Geschichte schon eher.

Zunächst ist es banal, aber eben auch richtig, darauf hinzuweisen, dass sich die herrschende Bourgeoisie im französischen Falle anders konstituiert hat, als dies in Deutschland oder Österreich zu beobachten war. Sich selbst zur gesellschaftlichen Kraft und herrschenden

Klasse herausbildend, schüttelte die Bourgeoisie aus eigener Initiative die vorherige feudale bzw. monarchische Macht ab. Dazu hat es das wirtschaftlich tätige Bürgertum in Deutschland nie gebracht, jedenfalls nicht erfolgreich, und so konstituierte es sich zu Bismarcks Zeiten lieber unter den Fittichen des autoritären Staates zur nationalen Bourgeoisie. Damals wurde das Monstrum des Nationalliberalismus geboren, das Franz Neumann in seinem Werk *Behemoth* explizit zu den politischen »Vorläufern des Nationalsozialismus« zählt. Einsatz für die Expansion der nationalen Ökonomie ja, Kampf um die Durchsetzung der Bürgerrechte nein, lautete der Deal mit der Obrigkeit, der diesem politisch-ideologischen Phänomen zu Grunde lag.

Nicht, dass die Bourgeoisie in Frankreich stets den Zielen der menschlichen und gesellschaftlichen Emanzipation verbunden geblie-

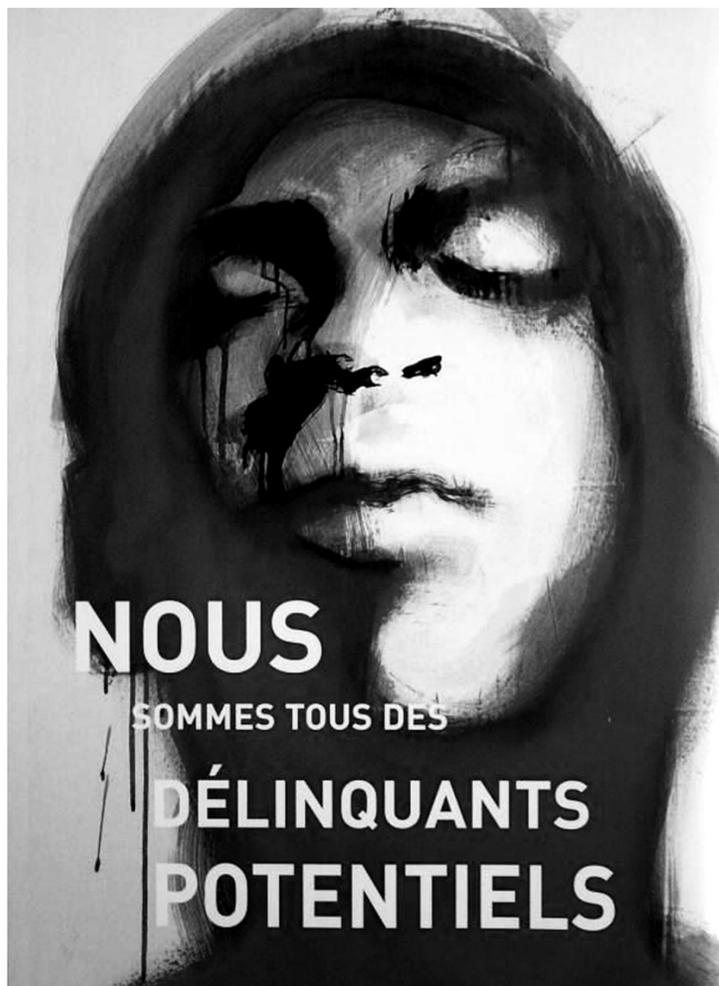
reich anders funktionieren, als man das aus Deutschland kennt – wo man heutzutage oft einer Gewerkschaft beitrifft wie einer Versicherung oder Krankenkasse: Für den Fall, dass man's mal braucht, wenn man Probleme im Job hat. Und die Gewerkschaft entscheidet über den Beginn und vor allem auch das Ende des Streiks, ruft die Lohnabhängigen dazu auf und bezahlt sie während ihrer Arbeitsniederlegung auch. Das wäre in Frankreich undenkbar: Streikgeld gibt es keines, den Ausstand bezahlen die abhängig Beschäftigten aus eigener Tasche in Gestalt der Lohnverluste, die sie hinnehmen müssen. Im Gegenzug werden sie nicht entmündigt, sondern entscheiden höchstpersönlich über die Nutzung ihres Rechts auf

das Streikrecht unabhängig vom Agieren der Gewerkschaftsapparate, also als Individualrecht und nicht länger nur als »organisches Recht«, zu garantieren.

Dabei ist das (heutige) positive Recht, wie so häufig, nur der Ausfluss einer unterschiedlich verlaufenen Geschichte und unterschiedlicher sozialer Kräfteverhältnisse. In Deutschland wurde »das Soziale« schon früh ins »große Ganze« des Systems integriert, und Bismarck war so klug, neben dem von ihm verhängten Betätigungsverbot für die Sozialdemokratie gleichzeitig der Parlamentsfraktion der SPD ihre freie Betätigung zu belassen. Der »institutionelle Kanal« wurde in der ArbeiterInnenbewegung schon früh als vermeintlich gangbarer Weg betrachtet. Anders in Frankreich: Auf das frühsozialistische, revolutionäre Experiment der *Commune de Paris* folgten zehn Jahre Repression und die zeitweise organisatorische Zerschlagung, jedenfalls Schwächung der Sozialdemokratie. Das hinderte Gewerkschaften und Arbeitervereine kurz darauf nicht daran, sich zu entwickeln – aber eben nicht unter Führung einer Partei, die ihrerseits an den Staat angebunden blieb, sondern eher als »Gegenmacht« zum Staat und zum Kapital. Das nannte man im frühen 20. Jahrhundert den »revolutionären Syndikalismus«, der damals hegemonial war und sich etwa in der *Charta von Amiens* von 1906 niederschlug.

Händchen halten

Später gab die kommunistische Partei (PCF), die noch bis in die 80er Jahre (über den Gewerkschaftsdachverband CGT) einen Gutteil der Gewerkschaftsbewegung des Landes dominierte, dieser zwar etatistische Formen. Gegenüber dem bürgerlichen Staat blieb dennoch das Prinzip aufrecht erhalten, dass konsequente Interessenvertretung nur durch Aufbau einer Gegenmacht im Betrieb und auf der Straße vor möglichen Verhandlungen zu erreichen sei. Also nicht durch eine »Mitsprache« innerhalb der Institutionen, die gar nicht erst den Anspruch erhebt ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis zu verändern. Auch nicht in einer ritualisierten »Partnerschaft« mit den KapitalvertreterInnen, wie sie die Tarifautonomie¹ in der BRD vorgibt. Dabei tritt der Staat den von vornherein auf ein sogenanntes Gemeinwohl verpflichteten SozialpartnerInnen einen Teil seiner Regierungsmacht ab. Letztlich bedeutet dies, dass der Staat »unpopuläre« Entscheidungen und schmerzhaft soziale Einschnitte nicht selbst in Form eines expliziten politischen Akts durchzusetzen braucht. Die eingebundenen Gewerkschaften besorgen deren Durchsetzung schon selbst, in ihrem eigenen sozialen »Lager«, also gegenüber den abhängig Beschäftigten. Die aus diesem Gegenüber der »TarifexpertInnen« als (angeblichen) RepräsentantInnen von Arbeit und Kapital resultierenden Entscheidungen stellen sich so dem Publikum als »notwendige«, im Konsens getroffene, letztlich überwiegend technische Entscheidungen dar. Anders als in Frankreich, wo zuerst die Staatsmacht durch einen politischen Kraftakt einen Beschluss verkünden muss, der negative soziale Folgen für die Mehrheit der Bevölkerung in sich birgt. Danach hat sie ihn gegenüber den



Spaltet euch doch selbst: Kampfansage an die Regierung*

ben wäre – weit gefehlt! Im Gegenteil wirkte die Erinnerung an das, was Revolutionen in Frankreich bewirken können, auf einen Teil der einmal an politische und wirtschaftliche Macht gekommenen GroßbürgerInnen derart einschüchternd, dass sie sich zu veritablen ReaktionärInnen wandelten.

Streik ist...

Auf der anderen Seite bleibt die Idee, dass Rebellion gegen die Obrigkeit prinzipiell möglich und sogar ein »gutes Recht« ist, stark im kollektiven Gedächtnis Frankreichs verhaftet. Nun kommen allerdings noch andere historische Faktoren hinzu, die erklären, warum Gewerkschaft und ArbeiterInnenbewegung in Frank-

reich und darüber, wann sie dessen Ausübung wieder zu beenden gedenken. Eine Ausnahme bilden hier die öffentlichen Dienste, da auf Grund deren Bedeutung für die öffentliche Versorgung ein Streik vorab durch eine Gewerkschaft angemeldet werden muss.

Bildet in Deutschland das Streikrecht ein so genanntes »organisches Recht«, das nur einer Organisation und damit ihrem Apparat zuerkannt wird, ist es in Frankreich ein Individualrecht, das jeder/m Lohnabhängigen persönlich garantiert ist. Die allererste Reform, die dieses Namens würdig wäre und über die progressive JuristInnen ebenso wie Aktive in Betrieb und Gewerkschaft einmal dringend nachdenken sollten, bestünde darin, auch in Deutschland



Selbst die Weichen stellen – Schienenblockade in Frankreich

aufflammenden gesellschaftlichen Widerständen durchzusetzen. Die Entscheidung zu sozialen Verschlechterungen erscheint so als bewusste und politische Weichenstellung, die auch als solche in Frage zu stellen ist.

Gewerkschaften und Betriebsräte wurden in Deutschland zu InhaberInnen einer Stellvertretungsmacht aufgebaut, denen deshalb – im Rahmen der Tarifautonomie – gewisse (freilich mehr und mehr begrenzte) Vollmachten abgetreten worden sind. Dies war möglich und aus Sicht der Herrschenden sogar sinnvoll, weil diese »StellvertreterInnen« ohnehin dem Konsens mit ihrem Gegenüber und der politi-

schen Macht verbunden sind. In Frankreich blickte man eine Zeit lang neidisch auf dieses scheinbar so reibungslose Funktionieren: In den Jahren von 1995 bis 2005 trommelten westlich des Rheins der ArbeitgeberInnenverband MEDEF, die sozialliberale Richtungsgewerkschaft CFDT und auch führende bürgerliche PolitikerInnen für die Einführung einer »Sozialpartnerschaft« à la française sowie einer »Tarifautonomie« – unter Zurückdrängung der Rolle des Gesetzgebers, dessen Beschlüsse zu hohem politischen Druck zu unterliegen schienen. Dieses Programm taufte man zu Anfang dieses Jahrzehnts auf den Namen *refonda-*

tion sociale, ungefähr: »Neubegründung der sozialen Beziehungen«.

Unter Druck

Bisher hat sich der vermeintlich neu begründete Konsens aber nicht als genügend tragfähig erwiesen. In der Krise ist er nicht hinreichend belastbar, und die jüngst geplanten negativen Veränderungen, zum Beispiel den Versuch einer Einschränkung des Kündigungsschutzes, mochten die regierenden Konservativ-Liberalen dann doch lieber als autoritäre politische Entscheidung denn auf dem Weg von Konsensgesprächen mit den ollen Gewerkschaften

durchsetzen. Dies geschah sogar unter weitgehender Ausschaltung des Parlaments mitsamt seiner bürgerlichen Abgeordneten: Die Einschnitte beim Kündigungsschutz wurden zum Teil im August 2005 per hochsommerlicher Notverordnung der Regierung, zum Teil im Februar/März 2006 auf dem Gesetzeswege (aber ohne Sachdebatte im Parlament, da die Regierung das Sachproblem mit ihrer Vertrauensfrage verknüpfte) durchgezogen. Der politische Preis dafür ist hoch: Die in breiten Kreisen als bewusste Entscheidung der Politik, die gegen die eigenen Interessen gerichtet sei, verstandene Weichenstellung rief massive soziale und politische Widerstände auf den Plan.

Das Ergebnis der derzeitigen gesellschaftlichen Kraftprobe um den Kündigungsschutz endete mit einem wichtigen Teilerfolg der Protestbewegung. Aber auch dort, wo Niederlagen kassiert wurden, werden diese durch die TeilnehmerInnen an Protesten nicht als einer »natürlichen Wirtschaftsordnung« und technischen Notwendigkeiten geschuldete, unausweichliche Entscheidung akzeptiert. Denn der Konflikt hat zumindest so viel bewirkt, dass die ihm zugrunde liegende Entscheidung als politische, als gesellschaftliche Frage, als Gegenstand widerstreitender Interessen wahrgenommen werden konnte.

¹ Tarifautonomie bezeichnet die Selbständigkeit von Unternehmensverbänden und Gewerkschaften, ohne Einflussnahme des Staates miteinander für ihre gesamte Branche rechtlich verbindliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinbaren. Sie ist ein Ergebnis des Generalstreiks von 1920. Der Staat gibt Rahmenbedingungen vor.

* Slogan auf dem Poster Seite 4:

»Wir sind alle potentielle Straftäter«

Gut vernetzt gegen Reform(ismus)

Wenn in den Medien die Rede von Chaos ist, handelt es sich oft um Ereignisse, in deren Vorfeld viel organisatorischer Aufwand zu bewältigen war. Zur frankreichweiten Protest-Koordination haben sich in den vergangenen Monaten basisnahe Vernetzungsstrukturen herausgebildet. Deren emanzipatorischer Ansatz führte – ähnlich wie in Deutschland – zu Konflikten mit reformistischen Verbänden.

Die gegenwärtigen Proteste in Frankreich sind eine kleine Erfolgsgeschichte. Sie richten sich gegen eine Arbeitsmarktreform zu der unter anderem der Ersteinstellungvertrag *Contrat Première Embauche* (CPE) gehört. Dieser ermöglicht Unternehmen junge ArbeitnehmerInnen unter 26 Jahren innerhalb der ersten zwei Beschäftigungsjahre ohne Angabe von Gründen zu entlassen. Nach über zwei Protestmonaten an Schulen, Universitäten und Betrieben ruderte der französische Premierminister Villepin inzwischen zurück.

Anfangen haben die in der BRD häufig auf die Begrifflichkeit »Studierendenproteste« reduzierten Abwehrkämpfe an französischen Schulen. Allerdings dauerte es nicht lange bis die entstehende Protestwelle auf die Universitäten überschwappte. Während der folgenden zwei Monate waren zwischenzeitlich etwa 800 Schulen und über 60 der insgesamt 80 französischen Universitäten im Streik oder besetzt. Eine intensive Vernetzung mit anderen Gruppen, wie etwa Gewerk-

schaften, führte zu gemeinsamen Aktions- und Generalstreiktagen. Die Streiks hatten eine enorme Beteiligung von bis zu drei Millionen Menschen. Flughäfen blieben geschlossen und auch Beschäftigte der staatlichen Eisenbahn, die seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr gestreikt hatten, legten ihre Arbeit nieder. Umfragen zu Folge lehnte eine deutliche Mehrheit von mehr als zwei Dritteln der französischen Bevölkerung das CPE ab.

Zur frankreichweiten Vernetzung der Protestwilligen bildeten sich unabhängig voneinander drei Vernetzungsstrukturen: eine von SchülerInnen, eine gewerkschaftliche, sowie eine studentische. Die Studierenden treffen sich seit der studentischen Koordinationsgründung wöchentlich und besprechen ihr weiteres gemeinsames Vorgehen. Teilnehmen können Studierende aller Universitäten. Stimmrecht haben jedoch nur die Studierenden aus bestreikten Hochschulen, die durch die jeweiligen Vollversammlungen delegiert wurden. Auf den Treffen wird darüber hinaus eine Stimmstaffelung angewendet. Delegierte aus Streik-Hochschulen haben drei Stimmen, ihre KommilitonInnen aus bestreikten und besetzten Unis erhalten dagegen sieben Stimmen.

Neben dieser basisnahen Streikvernetzungsstruktur, gibt es in Frankreich noch die eher als reformistisch zu bezeichnenden Studierendenvereinigungen. Diese sind vergleichbar mit dem deutschen »freien Zusammenschluss von studentInnen« (fzs)*. Studierende dieser Struk-

turen waren es, die unmittelbar nachdem die Regierung Änderungen beim CPE eingestanden hatte, vor die Kameras der Medien traten. Dort verkündeten sie stolz, dass die Proteste gewonnen seien und dass die Blockaden an den Unis nun aufgehoben werden sollten, damit auch alle brav ihre Prüfungen schreiben könnten. Mit diesen Ansprüchen fielen sie der Protest-Bewegung und der studentischen Basis in den Rücken. Die Stimmung an vielen Unis war auch weiterhin angespannt. Welche Veränderungen die Regierung vornehmen werde war unklar und auch als Klarheit herrschte gab es weitere Proteste. In vielen Städten beschlossen gut besuchte Uni-Vollversammlungen Fortsetzungen von Streiks und Blockaden, vor allem um weitere Teile der Arbeitsmarktreform, ähnlich wie zuvor das CPE, zu Fall zu bringen.

Schon mehrfach seit Beginn der Proteste gab es ein uneinheitliches Vorgehen von Studierendenvereinigungen und den studentischen Basisstrukturen. Zwar verstanden sich beide Seiten als Verbündete im Kampf gegen das CPE und riefen zu gemeinsamen Protesttagen auf, doch die Herangehensweise war sehr unterschiedlich. Auf die Rücktrittsforderung an die französische Regierung seitens der Streikkoordination folgte umgehend eine Distanzierung aus den Reihen der Studierendenvereinigungen. Die Teilnahme studentischer GewerkschaftsfunktionärInnen an Gesprächsrunden mit der Regierung, sorgte hin-

gegen bei den Basisstrukturen für Kopfschütteln. Zum Zeitpunkt als dieses Gespräch stattfand, schloss die Regierung eine Rücknahme des CPE kategorisch aus. Zuvor hatten Massengewerkschaften und studentische Basisstrukturen eine Teilnahme an solchen Klüngelrunden abgelehnt.

Ähnliche Konflikte gibt es auch in Deutschland. Der fzs ist bekannt für seinen Kurs der Lobbypolitik, der emanzipatorischen Basisprojekten eher im Weg steht. Ein gutes Beispiel dafür ist der sogenannte Bologna Prozess. Viele lokale Gruppen, in Deutschland wie auch in Frankreich, kämpfen gegen diese Reform, um so einem Voranschreiten der Vermarktbarkeit von Hochschulangeboten entgegen zu wirken. So richteten sich Studierendenproteste der letzten französischen Streikwelle vor einigen Jahren genau gegen diese europäische Studienstrukturreform. Eine Reform, die vom fzs, ebenso wie von den französischen Studierendenvereinigungen, unterstützt wird.

Von Björn Kietzmann

* Der fzs vertritt etwa 80 der ca. 300 Studierendenvereinigungen und versteht sich als »Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland«. In Berlin ist ausschließlich der ASiA der TFH Mitglied. Textempfehlung zur fzs-Kritik: Streitgespräch zum fzs zwischen Christian Berg (fzs-Vorstand) und Jenny Simon (ASiA FU Berlin):

<http://www.jungewelt.de/beilage/art/1089>

Eine Musterfrau, Herr Doktor!

Welche Möglichkeiten hat die Medizin, Menschen in ein Geschlecht zu pressen? An Beispielen wird versucht, den Eingriff in die Selbstdefinition durch medizinische Praxis und das Reproduzieren von Rollenbildern durch ÄrztInnen darzustellen.

Von Jana König



Medizin zwingt in Zweigeschlechtlichkeit und konstruiert Rollen. Das deutlichste Beispiel dafür, wird durch die Operation von Intersexuellen geliefert. Wer mit Geschlechtsorganen auf die Welt kommt, die sowohl unter die Definition männlich als auch weiblich fallen, wird kurzerhand zurecht geschneppelt, bis nur noch eine der Definitionen passt. Eine Entscheidungsmöglichkeit für die Person selbst, ist nicht vorgesehen, meist ist betreffende Person kein Jahr alt. Diese deutlichste Form von Eingriff in Körper, um ihn einem gesellschaftlichen Bild anzupassen, ist jedoch bei weitem nicht die einzige Möglichkeit, medizinisch Rollen zu erschaffen und zu verteidigen, die sich mit Mann und Frau labeln lassen. Ganz selbstverständlich existieren diese Begriffe und jede Abweichung erhält einen Krankheitsbegriff. Die sogenannte Verweiblichung von Männern wird Effemination genannt; entwickelt ein Männerkörper eine Brust hat er eine Krankheit namens Gynäkomastie.

Frau Sein als Krankheitsbild

Was macht einen weiblichen Körper laut medizinischen Vorgaben normal? Mädchen kommt in die Pubertät, wird durch Hormone zur Frau, hat Brüste, kann gebären, tut das auch, kommt in die Wechseljahre und wird durch den Mutterstatus vor der Rolle als Neutrum geschützt. Um diesen Auf- und Abstieg des weiblichen Körpers noch deutlicher zu machen, gibt es in der Medizin den Begriff Climax, nach dieser Spitze kommt der Abstieg, die Wechseljahre. Wenn sich Frau an die Empfehlungen ihrer ÄrztInnen hält, wird sie ihr Leben lang regelmäßig in Wartezimmern zubringen und sich von verabreichten Hormonen zur Frau machen lassen und alles überprüfen lassen. Alles bedarf medizinischer Aufsicht; die Pubertät, die Regel, die Verhütung, Schwangerschaft und Geburt, Wechseljahre und Krebsvorsorge. Eigene Entscheidungen stehen ihr nicht zu. Die Medizin liefert hier substanzielle Instrumente der Kontrolle, dass sich Frauen durchgehend ihrem Rollenbild als eben solche fügen. Ob Sterilisation, Brustverkleinerung oder Abtreibung, da es sich um Entscheidungs-

gen bezüglich der definierten Weiblichkeit handeln würde, ist es nicht gestattet selbstbestimmt eines davon durchführen zu lassen. Die Kontrollmechanismen und das Definitionsrecht werden im folgenden an diesen drei Beispielen illustriert.

Brustverkleinerung möglich?

Ein großer Busen kann sowohl zu physischen, als auch zu psychischen Problemen führen. Rückenschmerzen, keine Freude an Bewegung, extreme Kosten für passende BH's und das dauerhafte auf den Busen reduziert werden sind nur wenige Probleme, die damit zusammenhängen. Nun ist Brust aber allgemein als attraktiver Teil des weiblichen Körpers angesehen, eine Operation ist immer ein Risiko und der lange bürokratische Weg dorthin macht Angst, was die Frau vielleicht ohnehin vor Probleme stellt und auf gute Beratung angewiesen sein lässt. Entscheidet sich jetzt Frau dennoch, ihre Brust verkleinern zu lassen, muss sie riesige Hürden überwinden. Sie muss durch ÄrztInnen nachweisen, dass es nötig ist. Dann einen Antrag bei der Krankenkasse stellen, die Kosten zu übernehmen. Die Bedingungen sind eine Reduzierung um mindestens 300 Gramm pro Seite und nachgewiesene körperliche Probleme durch das vorhandene Gewicht. In den meisten Fällen wird die Finanzierung verweigert, auch wenn alle aufgestellten Bedingungen erfüllt werden. Zusätzlich ist Frau der Willkür ihrer ÄrztInnen ausgeliefert. Die Sprüche reichen von »Schade wäre es ja schon!« über

»Denk dran, dass das die Chancen bei Männern mindert!«

»Denk dran, dass das die Chancen bei Männern mindert!« bis hin zu »Machen Sie das nicht. Jede Frau will ihr Kind selber stillen. Das würde ihnen verlorren gehen. So schlimm kann es doch nicht sein, dafür einen solchen Verlust in Kauf zu nehmen!«. Diese Sprüche sind selbstverständlich nicht mit dem medizinischen Gespräch zu vereinbaren, aber da die Machtpositionen klar verteilt sind, ist ÄrztIn nicht faul, auch an die gesellschaftliche Rolle von Frau zu appellieren, um der Patientin den unerfragten Rat zu vermitteln, wie sie sich als Frau zu verhalten hat.

Nebenbei wird die Beratung und Unterstützung, auf die Frau angewiesen ist, nicht bezahlt, was viele ÄrztInnen dazu veranlasst, benötigte Hilfe nicht zu gewähren.

Es gibt auf der anderen Seite auch Frauen, denen regelmäßig nahe gelegt wird, sich die Brust verkleinern zu lassen, obwohl sie sich wohl fühlen. Bei ihnen ist in den Augen der ÄrztInnen zuviel des Guten vorhanden und gegen das Selbstgefühl der Frau wird eine Verkleinerung nahe gelegt. Auch aus Vorsorge gegen Brustkrebs kann schon mal eine Brust unterm Messer landen. Die davon betroffenen Frauen müssen sich plötzlich als »unvollständig« einer Gesellschaft stellen, welche sehr klare Vorstellungen von Weiblichkeit hat. Rollenbilder sind nicht fest, teilweise innerhalb einer Gesellschaft gegenläufig. In jedem Fall ist Frau der behandelnden ÄrztIn oder der vorherrschenden Meinung relativ ausgeliefert.

Sterilisation für Nicht-Mütter?

Grundsätzlich ist Sterilisation erlaubt. Wenn eine Frau den Wunsch hat, ihre Gebärfähigkeit loszuwerden, ist ihr der Wunsch zu gewähren. Andererseits ist keinE ÄrztIn gezwungen, eine Sterilisation durchzuführen. Dieses Schlupfloch führt dazu, dass Sterilisation an Frauen in der Regel nur durchgeführt wird, wenn sie ihre Reproduktionsaufgabe bereits erfüllt hat. Eine Frau unter 40, die bisher kinderlos geblieben ist, wird schwerlich ÄrztInnen finden, die den nötigen Eingriff vornehmen, für eine Frau unter 30 ohne Kinder ist es schier unmöglich. Das Anliegen wird abgelehnt, da vorausgesetzt wird, dass jede Frau früher oder später Kinder bekommen möchte und ihr deshalb die Möglichkeit auf keinen Fall genommen werden kann. Einmal mehr wird gesellschaftliche Konvention als wichtiger erachtet, als der konkrete Selbstbestimmungswunsch der Frau. Mit der Begründung, dass die ÄrztInnen sicher sind, besser zu wissen, was zu Frau gehört und was sie deshalb braucht. Die alternativen Verhütungsmethoden kosten Geld und in den meisten Fällen versorgen sie Frau auch gleich mit den Hormonen, die sie so richtig zur Frau machen. Falls diese Medikamente versagen, die Frau also doch schwanger wird, muss sie wie-

der neue Hürden überwinden um doch nicht Mutter zu werden.

Wenn es um Frauen geht, die erstmal nicht in die gebärfähige Rolle passen, aber dennoch einen Kinderwunsch haben, wird natürlich eifrig nachgeholfen. Medizin macht's möglich: Frau kann und soll Mutter werden. Die Kostenübernahme durch die Krankenkasse ist allerdings an geregelte heterosexuelle Verhältnisse: sprich Ehe gekoppelt. Die einzige Ausnahme stellen Frauen mit Behinderung da, bei denen eine genetische Ursache vermutet wird. Diesen wird oft, früh und anhaltend geraten, sich schnellstmöglich sterilisieren zu lassen. Sozialdarwinismus auf demokratischem Wege. Besonders von behinderten Frauen in dauerhafter Betreuung gibt es viele Berichte, dass sie zur Sterilisation überredet wurden. Zusammen von BetreuerIn und ÄrztIn.

Der Umgang mit Schwangerschaftsabbruch

Laut Schwangerschafts- und Familienhilfeänderungsgesetz von 1995 ist es erlaubt, einen Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche durchzuführen. Innerhalb dieser Zeit muss sich die Frau zwangsweise beraten lassen, nach dieser Beratung drei Tage Bedenkzeit nehmen. Über alle Ansprüche und Hilfen zu informieren, die werdenden Müttern bereitstehen, muss Inhalt der Beratung sein. Da die Frau in der Zwangsberatung mit dem Anliegen ist, die Schwangerschaft unterbrechen zu lassen, dürfte das zu zusätzlichem Druck führen. Auch in diesen Gesetzen wird Frau also in die Richtung Mutter getrieben. Stellt die ÄrztIn jedoch fest, dass das Embryo ein behindertes Kind würde, ist es auch möglich den Schwangerschaftsabbruch lange nach den zwölf Wochen durchzuführen.

Sicherung des status quo

Medizin und die damit verbandelten Institutionen (zum Beispiel Krankenkassen) haben demnach sehr weitreichende Möglichkeiten in das Selbstbestimmungsrecht einzugreifen. Das alles dient dem Ziel der Normierung von Geschlecht und »gesund«. Die finanziellen und durch Hierarchien gesicherten Mechanismen produzieren und reproduzieren Gesellschaftsbilder, denen sich Frau schwer entziehen kann. Angehende MedizinerInnen werden in ihrem Studium genau auf diese Gesellschaftsbilder und Körpernormen ausgerichtet. Sie können und sollen an Begriffen festhalten, die sie durch ihre Berufstätigkeit später immer wieder auf's neue schaffen. Es ist nicht vorgesehen, im Medizinstudium Seminare bei Gender Studies oder Soziologie zu belegen oder in irgendeiner Form den Blick über die eigenen Bereiche zu fördern. Stattdessen ist das Medizinstudium derart restriktiv aufgebaut, dass es nahezu unmöglich ist, aus eigenem Antrieb andere Veranstaltungen zu belegen als der Lehrplan vorschreibt. Das Ergebnis sind angepasste und stark im Blickfeld beschränkte Studierende, die an Disziplinierung gewöhnt selbige weiter geben und unkritisch für Konstruktion von Geschlecht in ihrer Machtposition als ÄrztInnen sorgen.

Projektionsflächen

Der Islam ist heute wieder Thema groß angelegter Debatten in Medien und Gesellschaft. Die Angst vor Terroranschlägen, »Überfremdung« und einer vermeintlichen Islamisierung des europäischen Kulturkreises kennzeichnen die ideologische Aufgeladenheit des öffentlichen Diskurses. Die Ausstellung »Bilderwelten – Weltenbilder« widmet sich diesem Phänomen. Sie beschäftigt sich mit der Macht der Bilder, der Dynamik gesellschaftlicher Diskurse und den Ursprüngen und praktischen Auswirkungen von Islamophobie.

Von Flora Könemann

Ob es um Mohammed-Karikaturen geht oder um die Rütli-Schule in Berlin, das gesellschaftliche Problemempfinden bewegt sich entlang scheinbar unüberwindlicher Gegensätze. Und auch strukturell wird die Ungleichheit der Religionen beispielsweise in den Einwanderungsleitfäden der Bundesländer festgeschrieben, die explizit zwischen muslimischen und nicht-muslimischen MigrantInnen unterscheiden. Islamophobie hat heute nicht nur etwas mit Misstrauen, Verdächtigungen und Ängsten zu tun, sie ist weit mehr als nur mediale Aufregung oder Image-Problem. Islamophobie muss auch als reale Diskriminierung verstanden werden, der sich Musliminnen und Muslime in ihrem Alltag ausgesetzt sehen.

Negative Bilder und Stereotype über »den« Islam, der die Existenz des Abendlandes bedroht, sind älter als die Kreuzzüge. Im Zuge des Kolonialismus gewannen europäische Vorstellungen und Orientbilder eine neue Dimension. Im Gegensatz zum vermeintlich fortschrittlichen und aufklärerischen Westen wurde »der Orient« als irrationales und exotisches »Anders« konstruiert, das statisch auf einer niedrigeren Entwicklungsstufe verharrt.

In den 90er Jahren ging der Begriff »Islamophobie« in den europäischen Diskurs ein. Der theoretische Bezugsrahmen ist dem Konzept der Xenophobie entnommen, das in Rassismustheorien der 70er und 80er Jahre entwickelt wurde. Islamophobie bezeichnet den komplexen Zusammenhang zwischen der Behauptung einer islamischen Bedrohung auf nationaler wie auch internationaler Ebene sowie der faktischen Diskriminierung und feindlichen Haltung gegenüber in Europa lebenden Musliminnen und Muslimen. Der Islam wird als homogener monolithischer Block imaginiert. Verbreitete Vorstellungen und Bilder – vom Gotteskrieger oder von der Bauchtänzerin –, die Islam häufig gewalttätig und kriegerisch, aber auch sexualisiert oder exotisch konnotieren, sind dabei bis heute leicht abrufbar.

Stereotypen, Vorurteile und Feindbildern ist dabei gemeinsam, dass sie einer gesellschaftlichen Dynamik unterliegen und nur sehr schwer veränderbar, gewissermaßen resistent gegen Erfahrung und alternative Information sind. Entsprechend ist die weit verbreitete Theorie, nach der diese aus mangelndem oder falschem Wissen heraus entstehen, nur ein Aspekt des komplexen Zusammenhangs. Oft werden dabei der gesellschaftliche Kontext und die alltägliche soziale Vermittlung von »Wahrheiten« und Bildern ausgeblendet.

Hier setzt »Bilderwelten« an. Die Ausstellung soll nicht über den Islam aufklären oder Informationen über die Lebensweisen von Musliminnen und Muslimen vermitteln. »Bilderwelten« versucht Denk- und Wahrnehmungsmuster aufzudecken, zu analysieren und Kategorien in den Köpfen aufzubrechen.

Die Ausstellung ist in vier Module eingeteilt, die zum Teil eine theoretische Annäherung an das Thema unternehmen, zum Teil auf der praktischen Erlebensebene eine Konfrontation der BetrachterInnen mit ihrer eigenen Wahrnehmung herausfordern: In den ersten beiden Modulen wird auf thematisch gruppierten



Tee wie Terrorismus

Texttafeln ein Überblick über die historischen Wurzeln sowie die kennzeichnenden Aspekte und Bestandteile von Islamophobie aufbereitet. Neben der Entstehung und Analyse des Phänomens geht es auch um die soziale Vermittlung. Dabei wird der Beitrag der Medien an der Konstruktion eines bestimmten Islambildes hinterfragt: Berichterstattung, Darstellung und Bilderauswahl werden unter die Lupe genommen und auf offene oder unterschwellige Deutungszusammenhänge untersucht. Das dritte Modul besteht aus Interviews mit VertreterInnen verschiedener Berliner Organisationen, wie dem

Türkischen Bund Berlin oder auch der Anne-Frank-Stiftung, die über konkrete Erfahrungen und ihren Umgang mit Islamophobie in Deutschland berichten. Das vierte Modul schließlich, versucht auf spielerische Weise die Konstruiertheit von Wahrnehmung interaktiv zu erforschen. Dabei schließt sich der Kreis zur gesellschaftlichen Problemwahrnehmung und –darstellung, die sich in der Diskussion um Religion und kulturelle Wertvorstellungen konstruiert.

Islamophobie, das wird klar, lässt sich nicht einfach als Überbleibsel antiquierter Feindbilder und Vorurteile fassen. Sie kann als eine Form von kulturellem Rassismus verstanden werden, bei der eine mutmaßliche religiöse

Gruppe als »Rasse« konstruiert wird. Religion wird hier wie »Kultur« als scheinbar natürliches Zeichen der Unterscheidung herangezogen und dient in Kombination mit anderen Aspekten (Herkunft, Lebensweise, äußerem Erscheinungsbild oder Sprache) als Folie für die herrschende Diskriminierung und Ausgrenzung. Eine imaginierte islamische Gemeinschaft wird als statische, abgeschlossene »Parallelgesellschaft« oder »Gegenkultur« konstruiert, sodass es zu keiner differenzierten Auseinandersetzung mit der Diversität islamischer Gesellschaften oder der Lebensrealitäten und Standpunkte von MuslimInnen innerhalb und außerhalb Europas kommen kann.

Diese Mechanismen aufzudecken, muss die Grundlage einer differenzierten Auseinandersetzung sein. Das Hinterfragen eigener Stereotype und die Analyse herrschaftlicher Diskurse sind notwendige Voraussetzungen, um Abschlussmechanismen und Dominanzstrukturen zu erkennen und zu verändern.

Als Begleitprogramm zur Ausstellung bieten die VeranstalterInnen Workshops für Jugendliche zur Thematik Islamophobie und Diskriminierung an. Ziel ist, die Auseinandersetzung mit den eigenen Bildern und Vorannahmen zu eröffnen, um eine weiterführende Diskussion um konkrete Handlungsmöglichkeiten anzustoßen. Entsprechend sollen die Workshops auch für den kritischen Umgang mit Medien, Werbung und Politik sensibilisieren.

Die Ausstellung ist Teil des Projekts »Theater für Frieden und Gerechtigkeit – gegen Antisemitismus und Islamophobie!« bei Olle Burg e.V. und wurde von einer freien Gruppe von Pädagog(inn)en, Student(inn)en und Schüler(inne)n konzipiert und umgesetzt.

Kooperationspartner und Unterstützer/innen: Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin ADN des TBB, Anne-Frank-Zentrum Berlin, Projekt Spurensuche FEZ Berlin, Berliner Arbeitskreis für politische Bildung e.V., Beauftragte für Integration und Migration in Friedrichshain-Kreuzberg, Doris Nahawandi

Nachfragen möglich unter Tel.: 90298-3133 (Integrations- und Migrationsbeauftragte, Frau Nahawandi)

Themenbegleitende Workshops für Jugendgruppen werden zusätzlich angeboten. Bei Interesse Anfragen unter E-Mail: Ausstellung.Islamophobie@gmx.de oder Telefon: 030 - 97 00 23 81

»Anders leben«

Internetplattform und Arbeitskreis zu selbstorganisiertem und selbstbestimmtem Leben

Die neue Internetplattform <http://www.anders-leben.tk> will Ideen sammeln und entwickeln für ein Leben fernab der »40-Stunden-Woche«, d.h. für ein Leben, dessen primärer Inhalt nicht die Arbeit ist.

Fernziel ist es, eine Internetseite zu erstellen, die einen Überblick über die (selbstorganisierten) Möglichkeiten eines weniger geldabhängigen Alltags gibt.

Die zusammengetragenen Informationen sollen nicht theoretischer Natur sein, sondern praktisch und an den Bedürfnissen der Menschen orientiert sein. Die Internetseite ist so gestaltet, dass jede/r auf Knopfdruck etwas hinzufügen kann (ein »Wiki«). Das hat den Vorteil, dass schnell eine große und flexible Wissenssammlung entstehen kann.

Momentan werden beispielsweise Informationen zu folgenden Themen zusammengetragen: Wagenplätze, Kommunen und andere alternative Wohnformen, Umsonstökonomie, Foodcoops, Selbstorganisation und Selbsthilfe im Alltag, Möglichkeiten selbstbestimmter Arbeit bzw. Alternativen zu Lohnarbeit, Essen umsonst organisieren, ...

Darüber hinaus wird an einer Übersicht gearbeitet, wo Dinge bzw. Materialien umsonst besorgt werden können.

Wünschenswert wäre es, dass Menschen, die sich mit ähnlichen Themen beschäftigen oder einfach daran interessiert sind, ihr Wissen mit in das Online-Projekt einbringen. Dies kann in Form von Beiträgen zu bestehenden Projekten geschehen oder durch die Bekanntmachung eigener Projektideen.

Parallel zum Aufbau des »Wikis« arbeitet der offene Arbeitskreis »Anders Leben« in der Offenen Uni Berlins an dem Thema. Interessierte sind herzlich eingeladen, bei einem der nächsten Treffen mal vorbeizukommen bzw. bei Interesse natürlich auch mitzumachen. Momentan beteiligen sich Menschen des Arbeitskreises an einer Initiative zum Aufbau eines lokalen Umsonstnetzwerks für Berlin.

Genauerer und Termine:

<http://www.anders-leben.tk> oder

<http://www.anderslebenwiki.de.vu>

<http://www.dinge-umsonst-besorgen.de.vu>

<http://www.offeneuni.tk>

Kontakt: ak-anders-leben@web.de

Anzeige

dataspace
Infoladen
datenbank

Thematische Online-Recherche von Artikeln linker Zeitschriften

Bestand von Infoläden: Bücher, Broschüren, Videos ...

www.nadir.org/dataspace

Wohnst du noch?

Eigentlich ist alles prima. Die Arbeitsteilung in Deutschland funktioniert so gut, dass über 5 Mio. Menschen keiner geregelten Arbeit mehr nachgehen müssen. Doch statt allgemeiner Freude ob dieser gesellschaftlichen Leistung, wird (Lohn-)Arbeitslosigkeit zu etwas schlechtem umdefiniert und werden diejenigen Menschen, die sich dieser nicht entziehen können oder wollen, beständig steigenden Schikane (pardon: Maßnahmen zur Aktivierung) ausgesetzt, begleitet von taktisch platzierten und periodisch wiederkehrenden »Schmarotzer«-debatten, um die Bevölkerung bei der Stange zu halten.

Da es an privatem Besitz mittlerweile wohl nichts mehr zu holen gibt, geht es nun an die (Wohn-) Substanz: Seit Beginn dieses Jahres werden von Arbeitsagenturen Briefe an ALGII Empfänger_innen verschickt, mit der Aufforderung binnen sechs Monaten ihre Wohnkosten zu senken bzw. in eine »angemessene« Wohnung zu ziehen. Danach würden die Mietkosten, die über der Obergrenze liegen, nicht mehr übernommen werden. Diesen Teil selbst aufzuwenden ist quasi unmöglich, wenn gerade mal 4,23 Euro am Tag für Essen und Trinken zur Verfügung stehen.

Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass 300 000 Menschen von Zwangsumzügen betroffen sein werden – inklusive derer, die aus Angst »freiwillig« umziehen bevor es zu »offenen« Zwangsumzügen kommt.

Gegen diese neue Qualität des Eingriffs in das Leben Erwerbsloser hat sich ein Netzwerk von Erwerbslosen- und Sozialprotestinitiativen zusammengefunden. Die »Kampagne gegen Zwangsumzüge« hat sich zum Ziel gesetzt, fachkundige Beratung für Betroffene anzubieten und Zwangsumzüge zu einem bundesweiten Thema zu machen: Beides sei dringend notwendig, da die regional unterschiedlichen Regelungen und die individuellen Lebenssituationen dazu führten, dass die ohnehin verunsicherten Betroffenen oft das Gefühl hätten alleine dazustehen.

Zur Zeit konzentriert sich die Arbeit der Kampagne auf ein bundesweites Krisen- und Beratungstelefon. Bereits in den ersten 14 Tagen meldeten sich über 100 Menschen überwiegend aus Berlin. Neben der Beratungstätigkeit laufen die Vorbereitungen für die ersten Umzüge. Dann wollen die Menschen der Kampagne mit möglichst vielen Unterstützer_innen die Vertreibung sozial schwacher Menschen aus ihren Wohnungen durch gewaltfreie Blockaden verhindern.

weitere Infos: www.gegen-zwangsumzuege.de

Kostenloses Krisen- und Beratungstelefon (nur aus Berlin erreichbar):

0800-2727278

Bundesweite Notrufnummer bei Zwangsmaßnahmen und deren Verhinderung: 0228-2495594

Hiergeblieben!

Über 200.000 Menschen leben ohne menschliche Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. Sie werden isoliert, ausgeschlossen, abgeschoben – jeden Tag, während die InnenministerInnenkonferenz der Länder halbjährig einen weiteren Bleiberechtsentwurf ablehnt.

Das 2005 gegründete Bündnis **HIERGEBLIEBEN!** fordert dagegen eine unbürokratische und großzügige Bleiberechtsregelung für bisher hier »geduldet«, asylsuchende und sonstige ausreisepflichtige MigrantInnen und Flüchtlinge. Konkret fordert das Bündnis neue Regelungen für Alleinstehende, die seit 5 Jahren in Deutschland leben, Familien mit Kindern, die seit 3 Jahren in Deutschland leben, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die seit 2 Jahren in Deutschland leben, traumatisierte Kriegsoffer, und Opfer rassistischer Angriffe. Bisher wurde ihrer besonderen Situation mit Duldungen begegnet. Im Unterschied zur Duldung aber, die nur eine Aussetzung der Abschiebung ist, würde eine Aufenthaltserlaubnis nicht nur den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern und den Empfang von sozialen Leistungen wie den Bezug von Kinder- oder Erziehungsgeld ermöglichen, sondern würde den Menschen auch erst mal die psychische Belastung nehmen, hier nur provisorisch leben zu dürfen und ihre Zukunftsperspektive immer nur an die nächste Duldungsverlängerung zu knüpfen.

Aus diesen Gründen fand im Dezember 2005 die Gegenkonferenz J.O.G. (»Jugendliche ohne Grenzen«) parallel zur InnenministerInnenkonferenz in Karlsruhe statt. Unter dem Motto »Kinderrechte kennen keine Grenzen« trafen sich Jugendliche mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus aus der gesamten Bundesrepublik, um über Bleiberecht zu diskutieren. VertreterInnen aller Bundesländer debattierten, demonstrierten und sprachen mit PolitikerInnen und JournalistInnen. Neben Empowerment und Öffentlichkeitsarbeit standen Vernetzung und die Entwicklung eigener Gegenvorschläge zum bestehenden UnRecht auf der Tagesordnung. Im Dezember haben sich die InnenministerInnen ein weiteres Mal gegen ein Bleiberecht entschieden. Deshalb ging es weiter. Parallel zur InnenministerInnenkonferenz in Garmisch-Patenkirchen vom 3. – 6. Mai fand wieder eine J.O.G.-Konferenz statt. Und wieder vertagte die IMK eine Entscheidung zum Bleiberecht.

Organisiert wurde die J.O.G. unter anderem von dem BBZ, der Flüchtlingsinitiative Brandenburg und der Banda Agita. UnterstützerInnen sind das Aktionsbündnis »Hiergeblieben« mit Flüchtlingsrat Berlin, GRIPS-Theater und Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft sowie Pro Asyl.

vergessen, verleugnet

Die »Tirailleurs Sénégalais«, die Senegalschützen, waren afrikanische Kolonialsoldaten, die in den französischen Streitkräften der rassistisch kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung besonders ausgeliefert waren und in den Händen der GegnerInnen den sicheren Tod erwarten konnten. An sie gibt es kaum Gedenken. *Von Jan Schapira*



Tirailleurs Sénégalais beim Apell zum französischen Nationalfeiertag 1914.

Geschichte wird von den SiegerInnen geschrieben, aber nicht alle SiegerInnen schreiben Geschichte. Die Alliierten rekrutierten aus ihren Kolonien Millionen Menschen im Kampf gegen Nazi-Deutschland. Sie waren entscheidend am Sieg über die Barbarei beteiligt, doch dem trägt die offizielle Geschichtsschreibung, also die der mächtigen Staaten, kaum Rechnung. Der Zweite Weltkrieg wird nicht gelehrt wie es sein Name implizieren würde, sondern als Krieg von den Staaten Europas, Russland und den USA, in dem Afrika, Asien, Lateinamerika und ihre Menschen bestenfalls eine marginale Rolle spielen.

Erst zum 60. Jahrestag des D-Days lud Frankreich zu den Festlichkeiten Kriegsveteranen und Regierungen aus über zwanzig afrikanischen Staaten ein. Im Folgenden soll ein Blick auf die »Tirailleurs Sénégalais«, die »Senegalschützen«, wie Frankreich seine Kolonialsoldaten unabhängig von ihrer Herkunft nannte, geworfen werden.

Gab es in Frankreich im Ersten Weltkrieg noch Bedenken über den Einsatz von afrikanischen Soldaten, beispielsweise befürchteten SozialistInnen und KommunistInnen sie könnten zur Aufstandsniederschlagung in den Kolonien oder gegen das Proletariat eingesetzt werden, war im Zweiten Weltkrieg nunmehr ihre Mobilisierung selbstverständlich.

Zwar warben auch afrikanische Intellektuelle wie Blaise Diagne, der erste Abgeordnete aus dem Senegal in der Pariser Nationalversammlung, für den freiwilligen Eintritt in die Armee, und verbanden damit die Hoffnung auf volle Staatsbürgerrechte. Tatsächlich fand die Rekrutierung aber oftmals unter direktem oder indirektem Zwang statt.

So war es in Algerien das Elend, dass viele Menschen in die Armee trieb. Es ist belegt, dass umso mehr junge Männer sich zum Krieg meldeten je schlechter die Ernten ausfielen. Die französischen SiedlerInnen hatten sich rund 70% des fruchtbaren Bodens angeeignet.

Oft wurde auch über die chiefs, die lokalen Dorfvorsteher, rekrutiert, die die wehrfähige männliche Bevölkerung anwies der Armee beizutreten. Versuchten diese sich dem Dienst zu entziehen, waren ihre Frauen oder Väter von Strafen bedroht.

Mit razziaartigen Methoden wurden wehrfähige Männer eingezogen, wie Atebe Yene aus Kamerun berichtet: »Es war empörend, wie die mobilen Rekrutierungskommandos in die Dörfer eindringen und mit Gewalt Soldaten rekrutierten. Sie trieben alle »Eingeborenen« mit athletischem Körperbau zusammen, legten ihnen Seile um die Hüften und fesselten sie aneinander. Als Bestimmungsort wurde das ‚Land ihrer Väter‘ genannt; es war der Schlachthof der Nazis.«

Dabei gingen die Kolonialherren davon aus, dass es »kriegerische Rassen« gäbe, und rekrutierten aus diesen Gesellschaften zumindest zu Beginn des Krieges vorrangig: Beispielsweise die Bambaras und Mandigues aus Mali, Senegal, Guinea und der Elfenbeinküste oder in Algerien die Bewohner der Kabylei.

Im gleichen rassistischen Denken meinten die Franzosen, dass den afrikanischen Soldaten aufgrund eines angeblich niedriger entwickelten Nervensystems Angst unbekannt sei – weshalb sie gezwungen wurden stets in vorderster Front zu kämpfen.

Darüber hinaus gab es im Armee-Alltag vielfältigste Ungleichbehandlungen gegenüber den französischen Kameraden: Ob bei der Vergabe der Kohlen im Winter, bei der Essensausgabe, oder beim Verteilen der Gewehre, ob es das Essen an separaten Tischen, Schikanierungen oder die Übernahme der unangenehmsten Arbeiten waren – die Afrikaner wurden stets wie Soldaten zweiter Klasse behandelt.

Direkt nach Kriegsbeginn kämpften eine halbe Million Tirailleurs im Norden Frankreichs gegen die deutschen Invasoren. Dabei war für sie eine Gefangennahme aufgrund des Rassismus der Deutschen weitaus dramatischer als für ihre weißen Kameraden. Der überlebende Offizier Gaspard Scandaria-to berichtete wie er mit 20 anderen weißen Offizieren und etwa 180 – 200 ihnen untergebenen Tirailleurs bei Chasseley, einem kleinen Dorf in der Nähe von Lyon, in deutsche Hände fiel: »Als sie uns etwa 500 Meter aus dem Dorf hinausgeführt hatten, stießen wir auf deutsche Soldaten mit Panzern, die auf der Höhe der Senegalesen halt machten. Den Finger am Abzug ihrer Maschinengewehre befahlen uns die Deutschen, uns flach auf den Boden zu legen. Dann hörten wir plötzlich das Knattern ihrer Maschinengewehre und Schreie (...) Aus einer Entfernung von weniger als zehn Meter entluden die Deutschen die Magazine ihrer schweren Maschinengewehre auf die Tirailleurs (...)«

Genauso wurden afrikanische Kriegsgefangene, die von den Weißen getrennt wurden, systematisch schlechter behandelt, so dass von ihnen etwa die Hälfte in Gefangenschaft umkamen. Sie litten unter den katastrophalen Haftbedingungen und Hunger, sowie rassistisch motivierten Erniedrigungen und Ermordungen durch die Deutschen.

Abgesehen von fehlenden Kontakten, erschwerte den Afrikanern auch ihre Hautfarbe die Flucht, die es ihnen nicht erlaubte unauffällig in der Bevölkerung unterzutauchen. Dennoch wird die Zahl derer die zwischen 1942 und 1944 entkamen auf 10.000 geschätzt. Manche von ihnen kämpften in der Résistance weiter. Zwar unterschieden die Nazis in ihren KZ-Ak-

ten nicht nach Hautfarbe, es sind aber mehrere Schicksale von Schwarzen bekannt, die verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt wurden.

Nach der Niederlage Frankreichs gegen Nazi-Deutschland etablierte sich das Vichy-Regime, dass zunächst die meisten Kolonien unter Kontrolle behielt und von diesem aus, das 3.Reich mit wertvollen Rohstoffen belieferte. Auch auf ihrer Seite standen Kolonialsoldaten, beispielsweise in der Phalange Africaine, die an der Front in Nordafrika und später auch gegen Partisanen in Frankreich kämpften.

Zu einem ersten Aufeinandertreffen zwischen Kolonialsoldaten des pro-faschistischen Vichy-Regimes und den Streitkräften des Freien Frankreichs unter de Gaulles kam es bei Dakar (Senegal). Faktisch an allen Kriegshandlungen des Freien Frankreichs waren Kolonialsoldaten beteiligt. So kämpften zum Beispiel 12.000 Afrikaner bei der Landung auf der Insel Elba am 18. Juni 1943. Zehntausende nahmen auch an der Befreiung Toulons teil. Durften sie, wenn es ums Sterben ging, auch immer in der ersten Reihe stehen, wurden sie beim Verteilen der Lorbeeren aussortiert. Vor Paris wurden die Streitkräfte »weißgemacht«, statt der afrikanischen Soldaten marschierten weiße Franzosen unter dem Arc de Triomphe und wurden als Befreier gefeiert.

Endlich war der Krieg vorbei, aber auf die Heimkehr mussten viele afrikanische Soldaten Monate, teilweise Jahre warten. Viele hatten seit dem Verlassen ihrer Heimat keinen Kontakt zu ihren Familien gehabt, die glauben mussten, ihre Söhne wären in der Fremde gestorben.

Im Weiteren wurden sie schlecht versorgt, viele bekamen nicht die passende Kleidung für den kalten Winter und wurden krank. Diese allgemeine Situation führte zu zahlreichen, auch gewalttätigen, Konflikten mit der französischen Armee, die sich auch auf afrikanischem Boden fortsetzten. Noch heute erinnert kein Mahnmal an die wahrscheinlich 250 toten Kolonialsoldaten von Camp de Thiaroye bei Dakar. Als ihnen die versprochene Entlassungsprämie, ihr restlicher Sold, sowie eine Abfindung von den französischen Kolonialoffizieren (viele von ihnen hatten mit dem Vichy-Regime sympathisiert) verwehrt wurde, nahmen sie einen französischen General gefangen. Als dieser ihnen sein »Ehrenwort als Offizier« gab, sich für sie einzusetzen ließen, sie ihn jedoch wieder frei. Am 31. November 1944 um 5 Uhr morgens wurde das Lager umstellt und die Tirailleurs erschossen. Die wenigen Überlebenden mussten die Toten ohne Särge beerdigen. Nach offiziellen französischen Angaben wurden »nur« 24 Kolonialsoldaten getötet und 34 verletzt.

Die Dokumente der Kolonialbehörden liegen weiter unter Verschluss. In der Frage der Veteranenrente schien und scheint die französische Politik sich an die Richtlinie »Verhindern, Behindern und Ignorieren« zu halten.

Unter anderem wurde vielen ehemaligen Soldaten die Auszahlung verwehrt, weil sie nicht die Vielzahl an verlangten Papiere vorlegen konnten. 1947 wurde beispielsweise entschieden, dass Afrikaner nur halb so viel Rente bekommen sollten wie ihre französischen Kameraden.

Erst als Amdou Diop, sich auf ein Urteil der Vereinten Nationen berufend, 1994 in Paris auf gleiche Rente klagte, änderte sich etwas. 1999 bekam er Recht gesprochen. Er aber starb vor dem Urteilspruch.

Quellen:

hauptsächlich genutzt und alle Zitate aus: Rheinisches JournalistInnenbüro, Recherche International e.V. (Hg.): Unsere Opfer zählen nicht – Die dritte Welt im zweiten Weltkrieg.

Gerhard Höpp und Brigitte Reinwald (Hg.): Fremdeinsätze. Afrikaner und Asiaten in europäischen Kriegen, 1914 – 1945.

* so der Sprachgebrauch in der Kolonialzeit

Sag mir was ich hören will

Jedes Medium, egal ob Zeitung, Funk oder Fernsehsendung, stellt ein Abbild der spezifischen Wirklichkeit seines Zielpublikums her. Es erfasst und reproduziert Ideologie. Bei dem hier geführten Vergleich wird exemplarisch die Berichterstattung zweier großer Berliner Tageszeitungen zum rassistischen Überfall auf Ermyas M. am Ostersonntag diesen Jahres untersucht. Die vorliegenden Artikel stammen vom 22. April, sechs Tage nach dem Vorfall und nach Festnahme der mutmaßlichen Täter. *Von Diego Iturriza*

Die Erwartungen eines Publikums zu erfüllen bedeutet, ideologisch passende Beziehungen zu den Ereignissen herzustellen, die als Nachrichten – also relevant für das gesellschaftliche und daher auch individuelle Leben – wahrgenommen werden. Folglich ist eine Kritik der Medien auch eine Ideologiekritik, wobei die Beziehung des Publikums zu bestimmten Ereignissen beleuchtet sowie die verwendete Sprache untersucht werden muss, die Erwartungen herstellt beziehungsweise erfüllt.

berichten - bewahren

Beim *Tagesspiegel* (*TSP*), dem größten Berliner Vertreter der bürgerlichen »white press«, wird die Nachricht auf der Titelseite unter der Überschrift *Fall Potsdam: Verdächtige bestreiten alles - Karlsruhe Ermittlungsrichter erlässt Haftbefehl - Merkel distanziert sich von Schäubles Äußerungen* vorgestellt, und auf Seite Drei ausführlich entfaltet. Begriffe wie »Fall Potsdam« (was das Ereignis in eine polizeiliche Serie stellt) oder »brutaler Überfall« lassen ein moralisches Urteil durchscheinen. Was den Text aber besonders deutlich prägt, ist die indirekte Wiedergabe der Ereignisse mittels Bezugnahme auf FunktionärInnen beziehungsweise ExpertInnen, die den Fall referieren *Generalbundesanwalt Nehm sagte nach der Vernehmung: »Sie haben bestritten, etwas mit der Tat zu tun zu haben«*. Diese Häufung verbaler Handlungen (*erlassen, sich äußern, sich distanzieren*), sind typisch für die »weiße Presse«. Kein Bild begleitet die Schlagzeile, nur ein buntes Porträt der strahlenden englischen Königin anlässlich ihres 80. Geburtstags schmückt die Titelseite.

Auf Seite Drei findet sich ein ergänzender Artikel mit der Überschrift *Bevor es um ihn dunkel wurde*. Dort geht es auf den ersten Blick darum, wer Ermyas M. ist und wie sein Leben vor dem Überfall war. Ermyas wird in der Kopfzeile als *Familienvater, Doktorand, SPD-Mitglied, Fußballer* vorgestellt. Die Familienszene, die sich vor dem Überfall abspielte, bietet eine atmosphärische Einführung: *Ermyas feierte am Ostersonntag im Hinterhof des Mehrfamilienhauses in einer der ersten milden Nächte des Frühlings mit seiner Frau Steffi und den zwei bildhübsche(n) vierjährige(n) Kinder(n), Zwillinge(n)*. Nach einer kurzen körperlichen Beschreibung (*Der 37-jährige misst einen Meter 97, er ist ein schlanker und feingliedriger Mann [...] der große Schwarze mit den Rastalocken, die bis zu den Lendenwirbeln reichen*), werden Person und Lebensumstände hauptsächlich durch wiedergegebene Rede behandelt. So weiß wer liest, dass er *bei seinen Freunden als das verkörperte Verantwortungsbewusstsein gilt*. Als Fußballspieler ist er seinem Trainer nach *ein intelligenter und gewandter Mittelfeldspieler*, und *spricht akzentfrei Deutsch, nicht wie andere Ausländer*. Aber, so wird es der Leserschaft vermittelt, der Trainer *verkennt, dass Ermyas Deutscher ist*. Seit ein paar Jahren hat er *den Pass*. Ermyas ist dazu jemand *der, so sagen alle, die ihn kennen, eine 'wunderbare Aura' besitzt, jemand, der von innen heraus strahlte charakterisiert A. Aboubakari ihn und Sogar der Busfahrer, der ihn oft in die Potsdamer Innenstadt gefahren hat, erinnert sich an 'einen sehr höflichen und gepflegten Afrikaner'*.

Im Stil eines Nachrufs werden Menschen aus Ermyas Umfeld zitiert: *Für Ermyas war Potsdam wirklich eine wunderschöne Stadt; Ermyas war wie aus dem Bilderbuch [...]. Er hatte keine geborgte Autorität wie andere Männer. Er war souverän, seine Vorschläge waren realistisch*. Dieser Einblick zeigt, was für eine Beziehung zu den gesellschaftlichen Ereignissen beim *TSP*

hergestellt wird. Der Zugang wird einerseits durch die Äußerungen und Erklärungen der entsprechenden Autoritäten und Abgeordneten, deren Amt ihnen ein unbestreitbares Recht zum Wort gibt, eröffnet. Daneben – in diesem Fall besonders wichtig – wird durch die Darstellung der persönlichen Züge auch ein privater Zugang ermöglicht. Und das Bild ist überpositiv: Ermyas ist ein vorbildlicher Mensch, Vater und Ehemann, der trotz seines afrikanischen Ursprungs *akzentfrei spricht, der viel mehr deutscher Staatsbürger ist als manche Idioten*. Er wirkt *respektvoll, höflich* und sieht *gepflegt* aus. Das heißt, er ist ein nutzbringender Mensch (*»bereichernd«* heißt es im Artikel), der das Integrationsmodell völlig und erfolgreich erfüllt hat.

Die hier gewählten Beschreibungen sind konnotiert; es handelt sich um sekundäre Bedeutungen. Diese werden von verbreitetem und stabilem sozialen Wissen unterstützt und ermöglicht. Zum Beispiel vermittelt soziales Wissen, dass AusländerInnen, die akzentfrei Deutsch sprechen, sich gut integriert haben. Ähnlich ist auch die familiäre Szene zu Beginn des Artikels zu bewerten: Sie erschüttert die LeserInnen, weil sie einem werbemäßigen Bild



vom idealen (und später zerstörten) Glück entspricht. Demnach wird der Übergriff auf Ermyas, gerade wegen dessen musterhafter Integrationsgeschichte als skandalös und verwerflich dargestellt. Denn seine Geschichte verkörpert die bürgerlichen Ideale des persönlichen Fortschritts: der self made man und gute Ausländer, der gehorsam die Möglichkeiten nutzt, die die gültige soziale Ordnung ihm anzubieten hat. Hier findet eine unausgesprochene Idee ihr Echo in der Sprache des Artikels: Die Rede vom »unschuldigen Opfer« lässt erahnen, dass es auch »nicht unschuldige Opfer« gebe.

Alltagsspektakel

Bei der *BZ*, der größten Berliner Boulevardzeitung (*»yellow press«*), wird dem Thema unter der Schlagzeile *Das Protokoll der Schande* die ganze Titelseite gewidmet. Mit dem »Protokoll« ist der auf dem Anrufbeantworter der Frau des Opfers aufgezeichnete Wortwechsel gemeint, wie im Untertitel erklärt wird: *wie ihn die Täter verhöhnten, bevor sie ihn ins Koma prügelten*. Der angebliche Wortlaut nimmt den unteren Teil der Seite ein, und ist als ein Theater-Dialog (deren Figuren »Täter 1«, »Täter 2« und »Opfer« heißen) wiedergegeben. Durch Farbe und Größe besonders hervorgehobene Wörter sorgen für eine Leselenkung auf den Skandal: *Was meinst du Schwein; Scheiß Nigger; Wir Machen dich platt, du Nigger! Was soll passieren?*

Auf dem oberen Teil der Seite ist die Nachricht des Tages zu lesen: *Haftbefehle gegen die beiden Verdächtigen*. Ein großes Bild illustriert



die Verhaftung der Verdächtigen: mit Augenbinden von Spezialkräften festgenommen und in einem Hubschrauber abtransportiert.

Im Haupttitel wird das Ereignis verurteilt: »Protokoll« konnotiert Gerichts-, Justizprozess, während »Schande« eine moralische Verteilung ist.

Der Tradition der Boulevardzeitungen entsprechend herrschen im kurzen Text Worte vor, die physische und gewalttätige Aktionen und Auseinandersetzungen beschreiben: *verhöhnen, beschimpfen, ins Koma prügelten, platt machen, Schwein, Peiniger* usw. Das ist ein deutlicher Unterschied zu den »Erklärungs«-Wörtern, die beim *TSP* vorherrschen. Die *BZ* taucht auch als engagierte Spielerin auf (*BZ druckt das Dokument*), was beim *TSP* nicht denkbar wäre, da dieser versucht, sich als unpersönliches Medium darzustellen.

Die Titelseite lässt schon ahnen, in welcher Beziehung die LeserInnen zum Ereignis steht. Das Ereignis (und somit die Welt) wird als krasses Handlungs-Spektakel wahrgenommen und inszeniert. Die Welt der *BZ*-LeserInnen ist ein krachendes und gewalttätiges Schauspiel, dessen SpielerInnen als »Täter« oder »Opfer« klassifiziert werden.

Auch die Wörter »Protokoll« und »Schande« werden durch Typographie, Schriftgröße und Farbgebung zum Handlungs-Spektakel. Dieser Stil setzt sich auf den Seiten sechs und sieben fort, wo unter dem Titel *19.05 Uhr: Haftbefehle wegen dringendem Tatverdacht* die Nachricht vorgestellt wird. Die minutengenaue Uhrzeit und Behördensprache imitiert intertextuell einen polizeilichen Bericht, dramatisieren und machen die Nachricht zum Ereignis. Fotos und Titel nehmen mehr als die Hälfte der Doppelseite ein. Das Porträt von Ermyas, in hellem Hemd und blauer Anzugjacke, der entspannt lächelt, steht im Kontrast zu Bildern der Täter, die Gewalt, Sex und Exzess in der Szene nahelegen.

Realitäts - Bildung

Während im *TSP* das Thema durch die Stimme der öffentlichen Institutionen sowie durch die individuelle Geschichten aus dem Umfeld des Betroffenen vorgestellt wird, geht es im Fall der *BZ* um die konkrete Handlung, ohne dass es zu einer sozialen beziehungsweise gesellschaftlichen Kontextualisierung kommt. Der Fokus liegt auf dem reinen Schauspiel, das in der Zweidimensionalität einer Postkarte verharrt, auf der die Realität als krasse Konfrontation zur Schau gestellt wird.

Der *TSP* gibt sich seinerseits bereits im Layout als ordentlich, gepflegt, schmuck. Kurz: als bürgerlich im klassischen Sinne. Auch die Bilder spiegeln die Wechselbeziehung zu einer geordneten Welt, in der die menschlichen Beziehungen ordentlich institutionell laufen sollen. Wenn der Fall Ermyas so beunruhigend wirkt, dann weil er als eine Gewalttat gegen diese gültige und eigene soziale Ordnung wahrgenommen wird.

So gesehen entspricht die Berichterstattung der *BZ* gewissermaßen dem Handlungsstil eines Rambo-Films, der *TSP* dagegen macht den Theodor-Fontane-Roman. Bei keiner der beiden Zeitungen wird dabei nach der gesellschaftlichen Verantwortung beziehungsweise Ursache des Ereignisses gefragt. Die LeserInnenhaftung wird ausschließlich als ZeugInnen erschüttertes Publikum einbezogen. Beide Blätter sind ideologische Maschinen, die letztlich der Einordnung der eigenen Lebenswelt dienen.

1991 AN DER TU

Flüchtlinge besetzen Uni

Der diesjährige BUKO fand in den Räumen der TU Berlin statt. Ein Themenschwerpunkt des Kongresses lag auf Migration und Kolonialismus. Anlass genug, sich 15 Jahre zurück zu erinnern. Damals besetzten autonome Flüchtlingsgruppen das Mathegebäude. Ein kurzer Überblick über die Geschehnisse:

1991 war die Aushöhlung des Asylrechts schon weit fortgeschritten. Diverse »das Boot ist voll« und »Asylantenschwemme«-Kampagnen trugen Früchte in der deutschen Bevölkerung: Heime brannten, täglich gab es Angriffe auf Flüchtlinge.

In diesem Klima des Fremdenhasses flohen viele Flüchtlinge ein zweites Mal: Großstädte wie Berlin boten ungleich viel mehr Sicherheit vor rassistischen und faschistischen Übergriffen als ländliche Gegenden, vor allem in der ehemaligen DDR. Der »legale« Aufenthalt in Berlin war allerdings in den seltensten Fällen möglich, da Flüchtlinge (auch heute noch) nach einem bestimmten Schlüssel auf alle Bundesländer verteilt werden und die »Residenzpflicht« das Verlassen der jeweiligen Städte oder Kreise verbietet.

In Anbetracht dieser haltlosen Zustände besetzten autonome Flüchtlingsgruppen am 24. Oktober 1991 mit Hilfe einiger Unterstützer_innen und in Absprache mit dem Asta TU elf Räume im Mathegebäude der TU. Das Foyer im dritten Stock wurde zum Matratzenlager umfunktioniert und im Asta das Anti-Rassistische Zentrum (ARZ) eingerichtet. Die Besetzer_innen forderten mit ihrer Aktion die Abschaffung rassistischer Gesetze und Bleiberecht für Alle. Darüber hinaus verfolgten sie mehrere konkrete Ziele: Zum einen sollte ein Raum geschaffen werden, in dem Flüchtlinge vor rassistischen Angriffen sicher sind. Zum anderen wollten sie ein Ende der Zwangsverschickungen in die ExDDR erreichen und eine Aufnahmegarantie für alle vor rassistischen Angriffen geflohenen Flüchtlinge erwirken. Das ARZ sollte außerdem anti-rassistische Aktivitäten koordinieren und vorantreiben.

Die ersten Wochen der Besetzung waren geprägt von organisatorischen Arbeiten und dem Kampf zum Erhalt der Räume. Die TU Leitung verlangte den Umzug in ein anderes Gebäude, das von den zu diesem Zeitpunkt schon über 60 (später: über 100) Menschen aber als zu klein abgelehnt wurde.

Die TU reagierte mit Räumungsandrohung und einem Ultimatum, an dessen Ende die Flüchtlinge in einen unbefristeten Hungerstreik traten. Daraufhin lenkte die TU ein und versprach ihrerseits Druck auf den Senat auszuüben, die Forderungen zu erfüllen.

Der Senat setzte allerdings auf konsequente Nichtbeachtung der Besetzung. Auch diverse Demonstrationen und die kurzzeitigen Besetzungen der Landesparazentralen von CDU und SPD, sowie die verstärkte Suche nach Bündnispartner_innen, konnten den Druck nicht ausreichend erhöhen.

Nach wenigen Monaten zeigte sich, dass die Taktik des Senats aufgehen sollte. Das Zusammenleben auf engem Raum von so vielen Menschen ohne »Anrecht« auf Sozialleistungen oder medizinische Versorgung war ein organisatorischer Kraftakt, der wenig Zeit ließ für die eigentlich gewollte politische Arbeit nach außen – das Projekt drohte ein auf Dauer geduldetes alternatives Flüchtlingsheim zu werden, das den Staat keinen Pfennig kostete. Dies war aber auf Dauer nicht zu leisten. Außerdem wurden Rassismus und Sexismus innerhalb der Besetzer_innengruppe kaum thematisiert, was zu weiteren Problemen führte.

Angesichts dessen wurde die Entscheidung getroffen, die Besetzung so schnell wie möglich, jedoch politisch verantwortlich, zu beenden.

Anfang März zog schließlich der erste Teil der Flüchtlinge aus. Die Übrigen versuchten das Projekt weiterhin zu einem politisch erfolgreichen Ende zu bringen. Ende März bot die Staatskanzlei Verhandlungen an – über individuelle Einzelfallanträge der Besetzer_innen auf Unterbringung in Berlin bis zum Abschluss der jeweiligen Asylverfahren und sie sagte zu die Anträge nach Möglichkeit positiv zu bescheiden.

Als die Staatskanzlei ihnen die Kriterien für die Einzelfallanträge darlegte, nach denen alle Besetzer_innen hätten bleiben dürfen, nahm die Gruppe das Angebot an.

Nach über fünf Monaten wurde die Besetzung beendet. Die Zugeständnisse der Staatskanzlei erwiesen sich allerdings als leeres Geschwätz. Nach willkürlichen Kriterien wurden die meisten Anträge abgelehnt. Lediglich 15 Besetzer_innen durften letztendlich in Berlin bleiben (und wurden auch noch auf die Quote angerechnet). Die meisten der Anderen wurden in der Nähe von Berlin untergebracht. Von den ursprünglichen Forderungen konnte keine durchgesetzt werden.

In den folgenden 15 Jahren wurde die Abschottungspolitik in der BRD weiter perfektioniert. Das Zwangsverteilungssystem, die menschenunwürdige Unterbringung in Sammellagern und rassistische Übergriffe gehören immer noch zum Alltag – für diejenigen, die entgegen aller staatlicher Bemühungen weit genug gekommen sind, um einen Asylantrag überhaupt stellen zu können.

von Tobias Becker

Zum weiterlesen: www.archivtiger.de

Gehörlos studieren - ein Unterfangen mit Hindernissen

Die Umstrukturierungen an den Unis haben zur Folge, dass schon jetzt viele Studierende das Problem haben, vor Einführung der Studiengebühren ihren Abschluss schaffen zu müssen. Die angebotenen Seminare im Magister- und Diplombereich, die notwendig sind um entsprechende Scheine zu erwerben, werden jedoch weniger. Dies führt im Endeffekt zu einem Ausschluß von sozial schwächeren Menschen, die aufgrund äußerer Bedingungen nicht die Möglichkeit haben, sich voll auf ihr Studium zu konzentrieren.

Unter anderen sind gehörlose StudentInnen mit dieser Situation konfrontiert. In ihrem Studium stehen sie vor dem Problem, ohne DolmetscherInnen und Mitschreibkräfte Vorlesungen nicht oder nur sehr erschwert verfolgen zu können.

»Es ist auch unter optimalen Bedingungen schwierig, durch das Ablesen von den Lippen komplexe Zusammenhänge zu verstehen.« sagt Regina*, schwerhörige Studentin. »In Vorlesungen, wenn der Dozent weit weg steht und Diskussionen auch hinter dir geführt werden, kann ohne gutes Gehör der Stoff nicht mehr verfolgt werden. Hinzu kommen ständig wechselnde Mundbilder oder abgewandte Gesichter. Nur unter enormen Kraftanstrengungen kann ein Teil der Kommunikation in Seminaren verfolgt werden.«

Um studieren zu können ist es deshalb für gehörlose StudentInnen notwendig GebärdensprachdolmetscherInnen gestellt zu bekommen. Für die Finanzierung ist das Studentenwerk (StuWe) zuständig. Alles was über einen bestimmten Betrag hinaus geht soll die Universität übernehmen.

Der vom StuWe gezahlte Betrag bemisst derzeit knappe 27 Euro und liegt dabei weit unter der gängigen Bezahlung von 40 Euro für eine Dolmetschstunde. Es ist somit ein offenes Geheimnis, (auch beim StuWe), dass Gehörlose ihre Stundenkontingente einerseits voll aufschreiben, jedoch nur einen Teil der Stunden nutzen können, damit wenigstens bei den wichtigsten Seminaren eine voll bezahlte Dolmetschkraft zur Verfügung steht. Zudem muss die Dolmetschkraft selbst auch mitspielen, d.h. sich für Stunden eintragen, in denen eigentlich nicht gedolmetscht wird, damit die geleisteten halbwegs richtig bezahlt werden. Der Dolmetscherverband sieht diese Praxis aus verständlichen Gründen nicht gern. Um nicht zu mauscheln, müssen diese StudentInnen also ganz auf DolmetscherInnen verzichten.

Eine weitere Problematik besteht darin, dass bei zwei- oder mehrstündigen Veranstaltungen DolmetscherInnen in Doppelbesetzung arbeiten müssten, was finanziell derzeit gar nicht geleistet werden kann.

Die vom StuWe und dem Senat neu überarbeiteten »Richtlinien zur Anwendung von Integrationshilfe«, die seit dem 1.1.06 in Kraft sind, sehen beides noch nicht mit vor. Zwar soll eine Angleichung an den vom Dolmetscherverband geforderten Satz noch diesen Sommer vorgenommen werden. Dies ist aber noch nicht geschehen. Und so ist es gehörlosen Studierenden nach wie vor nicht möglich unter gleichen Bedingungen zu studieren.

Von einer gleichberechtigten Studiensituation kann nur dann gesprochen werden, wenn die StudentInnen die Möglichkeit erhalten, ihre Vorlesungen 100%ig zu verfolgen. Zusätzlich benötigen sie eine Mitschreibkraft, da es nahezu unmöglich ist, jemandem beim Gebärden zuzusehen und dabei mitzuschreiben, da die Augen an 2 Stellen gleichzeitig verweilen müssten.

Der gesamte Haushaltstopf »Wiedereingliederungshilfe für behinderte und chronisch kranke Studierende« im Studentenwerk Berlin beträgt derzeit pro Jahr 300.000 Euro. Das ist eine sehr geringe Summe, gemessen an der Situation dieser Studierenden.

»Natürlich brauchen gehörlose StudentInnen DolmetscherInnen. Ich möchte aber auch nicht, dass bei blinden oder anderen Studierenden die Beihilfen gekürzt werden, die Barrierefreiheit ermöglichen würden. Es muss einfach der Topf dem Bedarf angepasst werden« sagt Regina. Inwiefern die Unis sich daran halten, den Mehrbedarf anteilig zu tragen, wird sich zeigen. Doch selbst wenn diese Unterstützung geleistet wird, bleibt eine Mehrbelastung durch den organisatorischen Aufwand bei den Studierenden bestehen. Zu den Folgen dieser Belastung kommen für Regina Probleme, die auch einigen hörenden StudentInnen sicher bekannt vorkommen: »Mein Studiengang läuft aus. Ich verliere jetzt bereits 2 Semester durch die Unterfinanzierung von DolmetscherInnen. Demnächst werden in meinem Studiengang keine Veranstaltungen mehr angeboten, da nützt mir auch der Vertrauensschutz wenig. Wenn ich nicht bald meine Zwischenprüfung ablege, verliere ich auch meinen BAFÖG-Anspruch. Aber wie soll ich mich unter den gegebenen Umständen darauf vorbereiten? Ich bekomme noch nicht mal alle nötigen Scheine zusammen.«

Unter diesen Umständen hat sich Regina entschieden ihr Studium jetzt abzubrechen und einen Studienwechsel vorzunehmen. Es ist nicht ausreichend, dass die Barrierefreiheit auf dem Papier besteht. Die Universität muss sich konkret mit der aktuellen Situation und den Hürden, die nach wie vor bestehen, auseinandersetzen.

Von Lona Jane

*Name geändert.

Entverhinderung

Als behinderte/r StudentIn oder chronisch Erkrankte/r muss es möglich sein, genau wie Nichtbehinderte studieren zu können. Das schreibt das Hochschulgesetz vor, näheres regeln Richtlinien. Diese sind – waren? – aber relativ realitätsfern. HUCH! fragte Francisco Villanueva von der Interessengemeinschaft behinderter und chronisch kranker Studierender (IG).

Das Interview führte *Nelo Locke*



Foto: Schätzlein

Am Anfang war das Wort ...nicht zu verstehen: Menschen, die nicht der Norm entsprechen, werden ausgeschlossen

Was genau besagen diese Richtlinien?

Diese Richtlinien sind vom Berliner Senat speziell für die Hochschule erstellt worden. Sie nennen sich »Richtlinien zur Anwendung von Integrationshilfe« und regeln, wie finanzielle oder technische Unterstützung anzuwenden ist bei Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen, die Hilfe in irgendeiner Form brauchen. Dazu gehören zum Beispiel Taxifahrten, Vorlesekräfte, Menschen, die einen beim Kopieren unterstützen oder GebärdensprachdolmetscherInnen.

Und was war das Problem mit diesen Richtlinien?

Es gibt einen feststehenden Geldbetrag, der entsprechend den Richtlinien ausgeschöpft werden kann. Wenn dieser Betrag also ausgeschöpft ist, gibt es kein weiteres Geld mehr. Die Höhe des Betrags ergab sich bisher aus einer mehrere Jahre alten Bestandsaufnahme, die den damaligen Bedarf ermittelt hatte. Das ist völlig irrsinnig, weil der Bedarf und die Kosten steigen, wie eben überall. Und die Zahl der Menschen, die diesen Bedarf haben, schwankt sehr.

Das führte zu dem konkreten Fall, dass es im Jahr 2004 bereits im Oktober definitiv kein Geld mehr gab. Und das wiederum hatte zur Folge, dass Menschen ab diesem Moment von Unterstützung und Studiumsassistenz ausgeschlossen waren. Wenn jemand wie ich blind ist und zum Beispiel einfach keine Vorleseunterstützung mehr bekommt, ist er faktisch von den meisten Sachen ausgeschlossen. Auch von Büchern. Das meiste lässt sich nicht ein-scannen, also brauche ich jemanden, der es mir vorliest.

Wir waren also ein paar Monate vom Studieren ausgeschlossen. Das war einfach unglaublich. Dieses konkrete Desaster war es, welches uns auch veranlasste, uns dagegen zu engagieren.

Vor ziemlich genau anderthalb Jahren, im November '04, trat das Studentenwerk dann an mich und Marie, auch eine Studentin hier an der Humboldt-Uni, mit der Frage heran, ob wir diese Interessengemeinschaft nicht in diesem konkreten Fall leiten könnten. Damals waren die Richtlinien wie gesagt die reinste Katastrophe. Sie waren völlig unklar, lückenhaft und widersprachen auch den Hochschulgesetzen.

Das war der erste Schock für mich. Ich konnte mir nicht vorstellen, wie man etwas so offzielles so schlecht machen konnte.

Dann habt ihr erst mal ein weißes Blatt in die Schreibmaschine eingespant?

Marie und ich haben das daraufhin in die Hand genommen, ein Treffen der Interessengemeinschaft Behinderter und chronisch Kranker organisiert und sozusagen eine Bestandsaufnahme gemacht.

Wir haben aufgelistet, was an diesen Richtlinien nicht in Ordnung ist – und das war wirklich eine Menge. Es widersprach allen unseren Vorstellungen. Im Hochschulgesetz steht z.B. dass jeder und jedem Behinderten ermöglicht

werden soll genau wie nicht Behinderte zu studieren.

Andererseits wurde aber zum Beispiel eigenes Vermögen im Sinne des Bafögs angerechnet und danach entschieden, ob man eine Studienassistenz bekommt. Es wurde nur das Erststudium gefördert, kein Zweitstudium, kein Promotionsstudium. Ohne diese Förderung können Studierende aber de facto nicht weiterstudieren, weil sie nicht genug Geld haben. Menschen aus Brandenburg wurde keine Studienassistenz bewilligt, ausländische Studierende wurden ausgeschlossen. Vom Senat gab (und gibt) es einen festgelegten Satz, nach dem GebärdensprachdolmetscherInnen (GSD) besoldet werden sollen. Der entspricht jedoch nicht dem Satz, den die Berufsvereinigung für GSD festgelegt hat. Das alles führte dazu, dass eine Gruppe von Menschen vom Studium ausgeschlossen war.

Wir beschlossen, dass wir sehr vehement – nicht aggressiv, aber sehr klar – dagegen vorgehen wollten. Wir schrieben zuerst mal Briefe an den Wissenschaftssenator Flierl, auf die nicht reagiert wurde.

...kommt mir irgendwie bekannt vor...

Naja, es gab in sofern eine Reaktion, als dass der bereits ausgeschöpfte Fonds kurzfristig um einen Betrag aufgestockt wurde der unseren Bedarf bei weitem überstieg. Am Ende des Jahres blieb noch einiges übrig. Die akute Situation war damit entschärft, die Missstände aber nicht behoben. Und es war völlig klar, dass es in den kommenden Jahren wieder zu denselben Problemen kommen würde. Es war also auch klar, dass niemand über unsere Situation bescheid wusste und wir auch einfach nicht ernst genommen wurden.

Nach einigem Insistieren gab es dann doch ein Treffen mit Herrn Flierl, bei dem wir ihm die konkreten Zahlen vorgelegt haben.

Er war entsetzt. Verglichen mit den Beträgen, mit denen er sich sonst so beschäftigt, sind 210.000 Euro einfach ein Kleckerbetrag.

Er gab uns da quasi einen Freifahrtschein, uns zu allen weiteren Gremien einladen zu lassen, die mit der Neuerstellung der Richtlinien beschäftigt waren. Unsere zentrale Forderung, die Richtlinien komplett fallen zu lassen, schien auf dem Weg, erfüllt zu werden. Nach einigem hin und her gelang es, uns dort Gehör zu verschaffen und beständig zu allen Gremien direkt eingeladen zu werden.

Und konntet ihr letztendlich auch mitentscheiden?

Der Prozess war sehr zäh. Es gab schließlich einen Entwurf von neuen Richtlinien, der in einem positiven Maße unsere Bedürfnisse berücksichtigte und an vielen Punkten unseren Ansprüchen entsprach. Die Richtlinien wurden tatsächlich komplett verändert, so dass es uns

nun allen möglich ist, in Ruhe zu studieren, ohne dass wir uns alle paar Monate Sorgen machen müssen.

Alle die anfangen zu studieren, haben für den kompletten Verlauf seines Studiums eine Garantie, finanziert zu werden. Dazu gibt es diesen Sockelbetrag von 300.000 Euro. Alles was darüber hinaus geht wird anteilig unbegrenzt von den Hochschulen finanziert.

Es gab allerdings bis zuletzt Punkte wie den, dass GebärdensprachdolmetscherInnen immer noch nicht nach den Vorgaben der Berufsvereinigung bezahlt werden sollten. Wir haben uns wieder durch sämtliche Gremien gequält und dort diese Missstände vorgebracht und erst nach mehrmaligem Vorbringen haben die Anwesenden wirklich verstanden, dass ansonsten wiederum eine konkrete Gruppe vom Studium ausgeschlossen wird. Bei der letzten Tagung des Gremiums waren zwei Abgeordnete vom Familiensenat da, die diese Richtlinien und Beträge festlegen. Sie erklärten uns dann, dass ihnen das Problem klar geworden sei, und dass mit der Berufsvereinigung bereits abgeklärt sei, dass den DolmetscherInnen jetzt ein entsprechender Betrag ausgezahlt wird. Das sei eine ganz feste Einigung, es ginge nur noch darum, die formale Unterschrift von Sarrazin darunter zu setzen. Es konnte uns kein konkretes Datum genannt werden, aber diesen Sommer soll es dann angeblich spruchreif sein.

Damit hört jetzt meine Arbeit für die Interessengemeinschaft behinderter und chronisch kranker Studierender auf. Ich habe eigentlich keine Lobbyarbeit betreiben wollen, aber die Dringlichkeit gesehen. Allerdings habe ich auch von Anfang an gesagt, dass ich das nur für dieses Anliegen mache.

Was nimmst du für dich aus dieser Arbeit mit?

Was ich für mich mitnehme ist, dass das Problem nicht nur im Außen besteht. Sondern vor allem mit unserem Selbstverständnis zu tun hat. Die Stimmung in den ersten Sitzungen der IG war sehr pessimistisch. Aus meiner Erfahrung heraus habe ich die Haltung entwickelt, positiv an die Probleme ran zu gehen und mich damit durchzusetzen.

Und wie geht's dann weiter mit der IG?

Nach unserem Rückblick haben Marie und ich Vorschläge gemacht, wie wir uns die weitere Arbeit vorstellen können. Es gibt auch Ideen von den anderen. Für mich ist es einfach schön wenn es weiter geht!

Wir werden uns Anfang Juni treffen und besprechen, mit welchem Selbstverständnis und welcher Struktur weiter gemacht werden soll. Auch unsere Namensgebung und unser Arbeitsschwerpunkt sollen diskutiert werden.

Die Interessengemeinschaft behinderter und chronisch kranker Studierender (IG) trifft sich jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Hauptgebäude, Unter den Linden 6, Raum 3119

Felersuche

Wir suchen engagierte junge Menschen, die sich ihr eigenes Urteil zum Duden gebildet haben –, nein, anders:

Du sprichst deutsch? Herzlichen Glückwunsch. Dann ist dir sicher aufgefallen, dass diese, wie viele vorhergehenden Ausgaben von Rechtschreib- und Ausdrucksfehlern nur so strotzen. – nee, ooch nich. Vielleicht so:

Du gehörst zu denjenigen Menschen, die einen Duden wie eine Guillotine lustvoll zu handhaben wissen? Oder, noch besser, ihre eigene von zuhause mitbringen?

HUCH sucht LektorInnen.
Freiwillige bitte melden unter huch@refrat.huberlin.de

rauf und runter

Wohin bewegt sich Lateinamerika?

In Lateinamerika hat sich in den letzten Jahren eine politische Trendwende hin zu Mitte-Links-Regierungen vollzogen, die zum Teil aus sozialen Bewegungen hervorgegangen sind und unterschiedlich eng mit ihnen zusammenarbeiten. Ein Überblick von Jan Puchstein.

Mit Ausnahme Kolumbiens sind in fast allen lateinamerikanischen Ländern Mitte-Links-Regierungen ins Amt gewählt worden, jüngstes Beispiel ist die Wahl des Indígena Evo Morales der »Bewegung zum Sozialismus« (MAS) in Bolivien. Der Wahlkampf der MAS war eng mit den Forderungen der dortigen sozialen Bewegungen verbunden.

Der Linkstrend in Lateinamerika ist zum großen Teil Ergebnis des sich schon seit Mitte der 90er Jahre abzeichnenden Scheiterns der neoliberalen Regierungen. Unter ihrer Herrschaft wuchs die Zahl der in Armut lebenden Lateinamerikanerinnen und Lateinamerikaner von 136 Millionen im Jahr 1980 auf 221 Millionen in 2002¹. Soziale Protestbewegungen traten in vielen Ländern auf den Plan und konnten das politische Kräfteverhältnis verschieben. Den gewonnenen Raum konnten die Mitte-Links-Regierungen für sich nutzen.

Seit einiger Zeit entwickelt sich in verschiedenen deutschsprachigen, linken Zeitungen eine Debatte um die neuen Mitte-Links-Regierungen in Lateinamerika und über ihr Verhältnis zu den sozialen Bewegungen. Die Analyse der politischen Prozesse in den Ländern, die diese Wende schon länger vollzogen haben, wirft einige Fragen auf: Wie weit sind substantielle und emanzipatorische Veränderungen auf diesem Wege möglich? Welche Chancen und Schwierigkeiten bergen diese Regierungen für die Bewegungen von unten? Dieser Frage soll am Beispiel der Entwicklungen in den Ländern Argentinien, Brasilien und Venezuela nachgegangen werden.

Argentinien: Straßenblockaden und neuer Peronismus

Argentinien erlebte im Jahr 2000 einen totalen Zusammenbruch seiner Ökonomie. Knapp 50% der Bevölkerung wurden unter die Armutsgrenze gedrückt. Eine breite Bewegung aus organisierten Arbeitslosen (Piqueter@s) und verarmter Mittelschicht hatte zwischen 2000 und 2001 mit zum Teil radikalen Aktionen mehrere Regierungen aus dem Amt gefegt: »Que se vayan todos!« – »Sie sollen alle abhauen!« Besetzte Fabriken, Tauschringe und Stadtteilversammlungen waren Ausdruck gelebter Alternativen jenseits von Staat und Kapital und stellen wichtige Bewegungserfahrungen von Aneignung und Selbstorganisation dar, die auch in der europäischen Linken rezipiert wurden.

Die im April 2003 gewählte Regierung unter Néstor Kirchner konnte zunächst nur wenig auf die Unterstützung der Bevölkerung bauen. Darüber hinaus war der finanzielle Handlungsspielraum der Regierung durch die ökonomische Krise äußerst begrenzt. Der Links-Keynesianer und Peronist Kirchner setzte außenpolitisch auf eine anti-neoliberale Politik, sein erklärtes Ziel war und ist ein »seriöser Kapitalismus«. Gegenüber dem IWF erreichte Kirchner günstige Schuldentilgungskonditionen, da auch die GläubigerInnen kein Interesse an einer weiteren Destabilisierung des Landes hatten.

Die Regierung nutzte diese neuen finanziellen Optionen geschickt. Mit anti-neoliberaler Rhetorik und der Vergabe von minimalen Sozialleistungen an moderate Teile der Piqueter@s gelang es der Regierung Kirchner, diese ins Regierungslager zu integrieren. Dies führte zu einer Spaltung der Piqueter@-Gruppen: Während die radikaleren Kräfte der Bewegung zunehmend isoliert werden, unterstützen mittlerweile mehr als die Hälfte der Gruppen Kirchners Politik. Ehemalige AktivistInnen

Für die sozialen Bewegungen stellen die Mitte-Links-Regierungen bei all ihren Unterschieden eine Herausforderung dar



Was kommt denn da von links?

wechselten in den Staatsapparat und im März 2005 blockierten die »offiziellen Piqueter@s«, nach einem Aufruf Kirchners, Shell-Tankstellen, um gegen deren Preiserhöhungen zu protestieren.

Auch durch die Aufhebung der Amnestiegesetze für Täter der Militärdiktatur konnte Kirchner seine Unterstützung im linken Lager ausweiten. Nach der kurzen und heftigen Bewegungsphase in Argentinien könnte es durch die geschickte Politik Kirchners zu einer deutlichen Schwächung der Bewegungen kommen.

Brasilien: Enttäuschung und Protest

Mit dem Gewerkschafter Lula da Silva hatte bei den Wahlen im Oktober 2002 erstmals ein Vertreter der linken und bewegungsnahen Arbeiterpartei (PT) gewonnen. Die »Bewegung der Landlosen«, MST, hatte Lula im Wahlkampf massiv unterstützt, war doch mit ihm die Hoffnung auf eine Lösung der Landfrage verbunden.

In Brasilien ist die Landproblematik besonders extrem: Nur ein Prozent der Bevölkerung vereint auf sich 44% des Ackerlandes. Seit Jahrzehnten kämpft die MST mit Landbesetzungen für eine grundlegende Umverteilung des Landes. Die MST ist die größte soziale Bewegung Brasiliens und vielleicht ganz Lateinamerikas. Auf die Erfolge der MST reagieren Großgrundbesitzer inzwischen vermehrt mit dem Aufbau von paramilitärischen Milizen und der gewaltsamen Beseitigung der BesetzerInnen, teilweise sogar mit Morden.

Mittlerweile ist die Kritik an der Politik der Regierung nicht mehr zu überhören – vor allem, da die Regierung die der MST zugesicherten Landumverteilungen nicht einhält. Kritisiert wird auch die Förderung der brasilianischen Agrarexportindustrie durch die Regierung – zu Lasten der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. In der Bevölkerung schwindet langsam die Bereitschaft, Lula's an den Stabilitätskriterien des IWF orientierte Wirtschaftspolitik und ihre Folgen weiterhin mit zu tragen. In dieser Situation wahrte die MST ihre Autonomie und versuchte trotz aller Enttäuschungen, Druck auf die Regierung auszuüben.

Ein klarer Bruch mit der PT wurde aufgrund der berechtigten Befürchtung vermieden, unter einer anderen Regierung noch weniger der eigenen Forderungen durchsetzen zu können. Durch die kritische Distanz zur derzeitigen Regierungspolitik Lula's hat es die MST geschafft, eine bedeutende, unabhängige politische Kraft im Land zu bleiben.

Venezuela: Petrodollars und Selbstorganisation

Der seit 1998 regierende Präsident Venezuelas, Hugo Chávez, besitzt durch die Einnahmen aus der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA und dank des stark gestiegenen Ölpreises im Vergleich zu den Regierungen Argentinien oder Brasiliens enormen politischen Handlungsspielraum. Die aus den staatlichen Öleinnahmen finanzierten Umverteilungsprogram-

me sind beachtlich. Wie bereits in *Huch!* 47 berichtet, erleben breite Schichten durch sie eine erhebliche Verbesserung ihrer Lebensbedingungen in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Ernährung. Bei den selbst organisierten »Misiones«, Ad Hoc-Programmen zur Lösung konkreter sozialer Probleme, zeigt sich deutlich, wie sich zentralstaatliche Politik und Selbstorganisationsprozesse überlagern bzw. wie sie verknüpft sind. Die Regierung stellt die Ressourcen, damit vor Ort vermehrt Selbstverwaltungsstrukturen entstehen, etwa zur Bekämpfung des Analphabetismus oder zum Aufbau von Gesundheitszentren. Fraglich bleibt ob sich diese Entwicklung vertiefen wird oder ob die neu entstehende Funktionselite den Aufbruch von unten bremst.

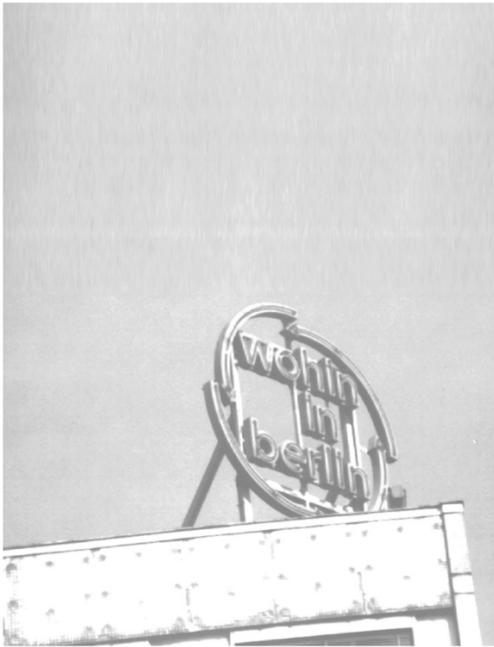
...und jetzt?

Die Situation der sozialen Bewegungen in den verschiedenen Ländern und ihr Verhältnis zu den neuen Mitte-Links-Regierungen sind sehr unterschiedlich, zum Teil widersprüchlich und es ist noch nicht an der Zeit, Schlüsse zu ziehen. Für die sozialen Bewegungen stellen die Mitte-Links-Regierungen bei all ihren Unterschieden eine Herausforderung dar. Es ergeben sich zwar durch das Ende der Militärdiktaturen und durch die Förderung von Basisinitiativen wie z.B. in Venezuela neue Chancen der politischen Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe für die Bevölkerung.

Allzu große Hoffnungen auf die neuen Regierungen können jedoch auch zu einer Abnahme der Bewegungen oder zu deren Einbindung in den Staat führen, wenn die Initiative von unten abgegeben wird, wie im Falle Argentinien. Auch das Beispiel der jüngsten so genannten »Verstaatlichung« der natürlichen Ressourcen in Bolivien demonstriert die Schwierigkeiten des beschriebenen Verhältnisses. Die »Verstaatlichung« galt als Nagelprobe für das Verhältnis der Regierung Morales zu den sozialen Bewegungen, die der Regierung ein Ultimatum zur Umsetzung des Wahlversprechens gesetzt hatten. Im Grunde handelt es sich hierbei nicht um eine Verstaatlichung, sondern um die Neubestimmung der Explorationskonzessionen, also die rechtlichen Bestimmungen unter denen Investoren die natürlichen Ressourcen Gas und Öl fördern dürfen. Zwar werden nun die Staatseinnahmen auf über 80% erhöht, aber der bolivianische Gewerkschaftsdachverband COB kritisierte die Maßnahme als völlig unzureichend und rief zu einer regierungs-unabhängigen 1. Mai-Demonstration auf. Hoffnungsvoll stimmt die Betonung von Basisdemokratie und ho-

izontaler Organisation durch einen Großteil der Bewegungen. Leider gelingt es den sozialen Bewegungen bisher selten die nationalstaatlichen Grenzen zu überwinden, im Gegensatz zu den kontinentalen Integrationsbemühungen der Regierungen Venezuelas, Argentinien und Brasiliens. Es gilt, die spezifischen Dynamiken der politischen Prozesse nüchtern zu betrachten, um nicht die Fehler der »Dritte-Welt-Bewegung« der 80er Jahre und ihre oft unkritische Glorifizierung lateinamerikanischer Befreiungsbewegungen zu wiederholen. Für eine internationalistische, linke Debatte sind die Erfahrungen der beschriebenen Länder äußerst fruchtbar, sowohl was das Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und Staat, als auch was neue Formen der Organisation und Partizipation betrifft.

¹ nach Angaben der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und der Karibik (CEPAL)



FIGHT THE G8
Camp Inski
 2006
anti-g8
camping
 4.-13.august
camp06.org



Zuschuss zum Semesterticket – Hier gibt's Geld!

JedeR StudentIn der HU kann einen Zuschuss zur Semesterticketgebühr aus dem Sozialfonds beim Semesterticketbüro des RefRats beantragen. Je nach sozialer Lage und Härte der Situation, wird über die Gewährung eines Zuschusses bis zum vollen Semesterticketbeitrag, derzeit 151,- € pro Semester, entschieden.

Was als geringes Einkommen und soziale Härte gilt, ist im Semesterticketbüro oder im Netz unter www.refrat.de/semix zu erfahren. Dort gibt es auch Antragsformulare. Anträge können während der Rückmelde-/Einschreibefrist gestellt werden.

Semesterticketbüro des ReferentInnenrats

Unter den Linden 6 Hauptgebäude Tel.: 2093-2082 semix@refrat.hu-berlin.de
 10099 Berlin Raum 1043 Fax: 2093-2092 www.refrat.de/semix

24. JUNI BERLIN
homophobia nationalism ★ SUCKS!
10. JUNI WARSCHAU

[Offene Uni BerlinS]



- 1 Philippstr. 13, [Hauptzugang]
- 2 Hannoversche Str. 27, [zugänglich: Mo-Fr, 5-20 Uhr]
- 3 Claire-Waldoff-Str. (Dreispitzpassage), [zugänglich: Mo-Fr, 5-20 Uhr]
- 4 Luisenstr. 56, [zugänglich: Mo-Fr, 5-20 Uhr]



Freiheit zur Selbstbestimmung?
Bildung?
Emanzipation?
 Mitmachen beim:
Bildungskritischen Heftprojekt
www.bildungskritik.de.vu

FANTOMAS
 magazin für linke debatte und praxis
 checkpoint high security zone

(Un-)Sicherheiten, Katastrophen, Kämpfe ... im Gesundheitswesen, der sozialen Arbeit, in Los Angeles, Irak, Iran, Sierra Leone · Sicherheitsdispositiv und Neoliberalismus, Ausnahmezustand, Prekarität

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung)
 Bestellungen an: fantomas@akweb.de
 ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
 Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175
www.akweb.de

ANARKIISMA SOMERA TENDARO
14.07. - 23.07.2006
 in Österreich
 Anarchistisches Sommercamp
 Anarchistyczny obóz letni

Studentische Sozialberatung an der Humboldt-Universität

Allgemeine Sozialberatung

Sprechzeiten
 Mittwoch 14–16 Uhr
 In den Semesterferien:
 Mittwoch 14–16 Uhr
 Monbijoustraße 3/Raum 5
 Tel.: 20 93-21 45
 E-Mail: beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de

Unterhalts- und BAföG-Beratung

Sprechzeiten
 Dienstag, Mittwoch und Donnerstag 14–18 Uhr
 Im März und August:
 Mittwoch 10–14 Uhr und nach Vereinbarung
 Monbijoustraße 3/ Raum 15
 Tel.: 20 93-10 60
 E-Mail: beratung.bafoeg@refrat.hu-berlin.de

Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Sprechzeiten
 Dienstag 11–15 Uhr
 Mittwoch 10–14 Uhr
 In den Semesterferien
 Mittwoch 10–16 Uhr und nach Vereinbarung
 Monbijoustraße 3/ Raum 7
 Tel.: 20 93-19 86
 E-Mail: beratung.kind@refrat.hu-berlin.de

Beratung für ausländische Studierende

Sprechzeiten
 Montag und Freitag 10–15 Uhr
 Mittwoch 10–19 Uhr
 In den Semesterferien:
 Mittwoch 10–16 Uhr und nach Vereinbarung
 Monbijoustraße 3/ Raum 6
 Tel.: 20 93-10 62
 E-Mail: beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de

Enthinderungsberatung

Sprechzeiten
 Dienstag 12:30–17:30 und Mittwoch 9–14 Uhr
 In den Semesterferien: Mittwoch 9–14 Uhr und nach Vereinbarung
 Monbijoustraße 3/ Raum 5
 Tel.: 20 93-21 45
 E-Mail: beratung.enthuenderung@refrat.hu-berlin.de
 Internet: www.refrat.hu-berlin.de/enthuenderung

Allgemeine Rechtsberatung

Sprechzeiten
 Mittwoch 18–20 Uhr
 In den Semesterferien:
 Mittwoch 18–20 Uhr, 14-tägig
 Monbijoustraße 3/ Raum 5

Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Sprechzeiten
 Montag 16–18 Uhr, 14-tägig
 Dorotheenstraße 17/ Raum 2 (Beratungsraum im RefRat)

Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Sprechzeiten
 Montag 10–13 Uhr
 Donnerstag 10–16 Uhr
 Monbijoustraße 3/ Raum 5
 Tel.: 20 93-21 45
 E-Mail: beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de

Schluss mit den „Reformen“ gegen uns!
Berlin, 3. Juni 2006
Bundesweite Demo
www.protest2006.de

KINOKLUB DER HU



<http://www.kinoklub.de>